Nr. 251

26. August 1993

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Noch 4 Wochen bis zur Olympia-Entscheidung. Nutzen wir den "Schicksalsmonat September", um den IOC-Bonzen nochmal klarzumachen, daß Berlin Nolympic City bleibt. Bei dieser Gelegenheit kann dem CDU-Bundesparteitag, der Mitte September in Berlin stattfinden soll, eindrucksvoll gezeigt werden, was die Bonzen erwartet, wenn Sie ihren Regierungssitz wirklich nach Berlin verlegen wollen. Für eine starke Nolympic-Demo am 18.9.!
Der lesenswerte K.H. Roth Text im Ordner ist auch im letzten AK nachzulesen.

Ordner:
Flugi zum Kongreß (s.Seite 31)
"Beechmount 5" sind frei
Hausdurchsuchung AJZ Bielefeld
Germany Alert
CCC, Übersetzung
Peru, Sendero Luminosso
K.-H. Roth, Beitrag zum Konkret-Kongreß

Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

!!! ZEUGINNEN GESUCHT — DRINGEND 110 !!!

wir suchen dringend zeuginnen ,die am 16.8. bei der antiolympiademo die festnahme von 2 frauen am nollendorfplatz/pizzeria gegen ca. 20.10 uhr gesehen haben. meldet euch BITTE unbedingt beim EA und schreibt bitte möglichst gedächtnissprotokolle zu den festnahmen aus eurer sicht. ist ganz wichtig, da anzeigen anstehen und die festnahmen sehr brutal und mit einigen verletzungen abgingen!
an die leute mit den kameras(?)- wenn ihr fotos dazu habt, schickt sie bitte an den EA, ihr würdet uns damit enorm weiterhelfen!!!

riesengroßes danke!

WER WAR DER TYP MIT DER VIDEOKAMERA ?????

Für eine starke Frauenbeteiligung am Aktionstag *"Offene Grenzen für Alle"* in Frankfurt/Oder am 4. September 1993



Seit Monaten kämpfen Roma mit Besetzungen der KZ-Gedenkstätten in Neuengamme und Dachau und ihren Märschen nach Bonn, Kehl und Konstanz um ein dauerhaftes Bleiberecht in der BRD. Sie fordern ihre Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung der Deutschen gegenüber Opfern des Nationalsozialismus.
Wir unterstützen ihre Forderungen und Aktionen und haben uns als antirassistische Frauengruppen an der Vorbereitung eines Aktionstages **"OFFENE GRENZEN FÜR ALLE"** in Frankfurt/Oder beteiligt.

An der deutsch-polnischen Grenze werden beispielhaft die Auswirkungen der faktischen Abschaffung des Asylrechts und der Rückführungsabkommen mit Polen und Rumänien deutlich. Tagtäglich werden hier Flüchtlinge mit Infrarotkameras, Spezialeinheiten des Bundesgrenzschutzes oder eigens für diesen Zweck angeheuerten Söldnern gejagt, in Lager gesperrt und deportiert. Viele Flüchtlinge werden erst durch Denunziation aus der Bevölkerung aufgegriffen.

Um die Zusicherung Polens zu erhalten, die aufgegriffenen und unerwünschten Flüchtlinge wieder zurücknehmen, hat die BRD im Rahmen des deutsch-polnischen Rückführungsabkommen 120 Millionen DM locker gemacht. Die BRD will sich so von dem sogenannten Flüchtlingsproblem loskaufen, während sie z.B. durch Rüstungsexporte Bürgerkriege aufrecht erhält und die weltweite Armut mitverantwortet.

Romafrauen berichteten immer wieder, daß sie in ihren Herkunftsländern systematischer sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Aus Makedonien ist bekannt, daß Romafrauen aus den Ghettos in Militärbordelle abtransportiert wurden. Bei Verhören durch Polizei und Militär wird regelmäßig sexuelle Gewalt angewandt, um Aussagen zu erpressen und um die Frauen zu erniedrigen. In der ehemaligen Tschechoslowakei waren Romafrauen mit regelrechten Sterilisationsprogrammen konfrontiert. Diese spezifische Form der Verfolgung wird in der BRD nicht als Asylgrund anerkannt.

Wir fordern:

- **Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund !**
- **Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen/Lesben das unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Ehemannes und der Kinder ist !**
- **Anerkennung der Roma als staatenlose Flüchtlinge und ihre Behandlung entsprechend der Genfer Konvention!**
- **Ein sofortiges und gesichertes Bleiberecht für alle Roma, die in der BRD leben oder hierher flüchten !**
- **Rücknahme der Rückführungsverträge mit Rumänien und Polen !**

Wir fordern alle Frauen/Lesben dazu auf, sich massenhaft und phantasievoll

- **am Frauenblock auf der Demo**
- **am Straßenfest**
- **und an weiteren Aktionen in Frankfurt/Oder zu beteiligen !!**

Kommt zur Frauen - VV am 30. August 1993 um 19.30 Uhr in den Mehringhof, Versammlungsraum Gneisenaustraße 2a, U-Bahnhof Mehringdamm, Linien 6 und 7


Wenig Org-Zeugs zum **Aktionstag "Offene Grenzen für Alle" am 4. September in Frankfurt/Oder und Slubice**

Zum einen wollen wir noch einmal Leute und Gruppen ansprechen, die sich vorstellen können auf dem angemeldeten Straßenfest Informations- oder Essensstände zu machen. Wir bieten auch die Möglichkeit des Transportes auf unserem LKW an.
Kontakt über die Antirassistische Initiative in der Yorckstr. 59 in 10965 Berlin; Tel.: 786 99 84.

Zugfahrkarten kosten von Berlin aus einfach ohne Vergünstigungen 11,- DM. Vom Bahnhof in Frankfurt/Oder zum Demoauftaktplatz sind`s etwa 20 Min. zu laufen; oder Straßenbahn (1,5 und 6)

Wir organisieren auch Busse; Abfahrt der Busse am 4. Sept. um 10.30 Uhr am Moritzplatz in der Heinrich-Heine-Straße; Busfahrkarten gibt`s für DM 20,- im Buchladen Schwarze Risse (im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a) und im X-B-Liebig (Liebigstr. 34 in Friedrichhain).

Nun noch antirassistische Grüße und bis in Frankfurt/Oder! oder?



Zugverbindungen:

Berlin Hbf
Berlin-Karlshorst

	km 88 ab	ab	Zug		→ Frankfurt (Oder) an	Bemerkungen
5		0 00	N	5947	1 08	88
	4 10	4 22	S		5 48	U Erkner N 88
		5 50	N	4905	6 49	88
		7 04	N	4907	8 02	88
	7 35	7 50	E	3183	8 41	88
	8 01		EC	41	8 57	×
		8 48	N	4909	9 50	88
		9 48	E	3185	10 40	88
		11 07	N	4911	12 06	88
		12 48	N	4913	13 47	88
	13 53	14 02	E	3189	14 52	88
		14 48	N	4917	15 47	88
	15 39	15 48	N	4919	16 47	88
	16 21		EC	43	17 16	×
		16 48	E	3193	17 38	88
		17 48	N	4923	18 47	88
60	19 32		D	449	20 33	
		19 52	N	4925	20 50	88
60	21 01		D	345	22 02	
		22 04	N	5943	23 07	88

Frankfurt (Oder)

	km 88 ab	Zug		→ Berlin-Karlshorst an	→ Berlin Hbf an	Bemerkungen
	4 25	N	5910	5 26		88
	5 00	D	448		60 6 01	
	5 50	N	4902	6 46	6 56	88
	7 00	D	344		60 8 00	
	7 19	N	4904	8 15		88
	8 14	N	4906	9 14		88
	9 12	E	3184	10 02		88
	10 15	N	4908	11 12		88
	10 53	E	3186	11 42		88
	11 31	EC	42		12 25	× 8
	12 15	N	4910	13 12	13 22	88
	14 15	N	4912	15 12	15 22	88
	15 13	E	3190	16 02		88
	16 15	N	4916	17 12		88
	17 15	E	3192	18 05		88
	18 15	N	4920	19 12		88
	19 15	E	3194	20 05		88
	20 15	N	5942	21 12		88
	22 07	EC	40		23 01	× 8
4	22 20	N	5948	23 20		

4 = nicht am 31. XII.
5 = nicht am 1. I.
60 = Abfahrt/Ankunft Berlin-Lichtenberg
88 = nur 2. Klasse

Zum Prozeß gegen die Mörder von Silvio

Wir sind FreundInnen und KollegInnen von Silvio Meier, der am 21.11.92 kurz vor Mitternacht im U-Bahnhof Samariterstraße von rechtsradikalen Jugendlichen ermordet wurde. Ein nationalistischer Aufnäher war Anlaß einer kurzen Auseinandersetzung zwischen den rechtsradikalen Jugendlichen und unseren Freunden. Kurze Zeit später wurden sie völlig unerwartet mit Messern angegriffen. Dabei wurde Silvio durch zwei gezielte Stiche ins Herz getötet. 2 weitere Freunde wurden lebensgefährlich bzw. schwer verletzt, eine Freundin wurde mit einem Messer bedroht.

Wir protestierten schon im Dezember vergangenen Jahres gegen die falschen Darstellungen von Polizei und Medien. Ihre Informationspolitik war von Anfang an dadurch gekennzeichnet, daß der politische Hintergrund geleugnet und die "Opfer" zu Tätern gestempelt werden sollten. So wurden auf der ersten Pressekonferenz der Polizei die Schutzbehauptungen und Lügen der Täter als wahr hingestellt. Wider besseren Wissens wurde unter anderem behauptet, daß Silvio mit dem eigenen Messer ermordet wurde.



10 Monate sind nach der Ermordung Silvios vergangen. Dieser rechtsradikal motivierte Mord wurde von den Ermittlungsbehörden als "normales Tötungsdelikt" behandelt. Gleichzeitig wurden unsere Freunde bis hin zur Androhung von Beugehaft von den Ermittlungsbehörden unter Druck gesetzt. Außerdem wurde wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegen sie ermittelt.

Die Ermittlungen gegen die 5 rechtsradikalen Täter sind jetzt abgeschlossen, die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben. Nur 3 von ihnen müssen sich vor der Jugendkammer des Landgerichts wegen Totschlags verantworten. Die anderen an der Tat Beteiligten werden lediglich als Zeugen vernommen. Der Prozeß wird auf Grund des Jugendstrafrechts unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Dadurch wird es uns nicht möglich sein, im Rahmen einer Nebenklage Einfluß auf den Prozeßverlauf zu nehmen.

Wie bei allen rassistischen und faschistischen Morden in den vergangenen Jahren wurden auch hier die Täter als "Einzeltäter" behandelt. Die Mörder Silvios gehören zum Umfeld organisierter Nazis. Im Judith-Auer-Club, in dem die Täter verkehrten, wurde faschistisches Propagandamaterial vertrieben und organisierte Neonazis gehörten zum Publikum. Unter ihnen Arnulf Priem, Berliner Wehrsportgruppenführer und führendes Mitglied der GdNF, der dort sogar öffentlich Interviews geben durfte. Obwohl diese Tatsachen der Polizei bekannt waren, wurde der Staatsschutz, die politische Abteilung der Polizei, nicht eingeschaltet.

In den vergangenen Monaten ist die Kette faschistischer Gewaltaten nicht abgerissen, besonders der Terror gegen ausländische Menschen hat sich nach dem "Asylkompromiß" weiter verschärft. Silvios Tod ist Teil einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nach rechts. Diese Entwicklung wird von der Regierung und Politikern anderer Parteien bis hin zu organisierten Nazis und deren prügelnden Handlangern getragen. Die Medien betätigen sich als Sprachrohr der rassistischen Politik des Staates und hetzen gegen Linke und Ausländer. In diesem gesellschaftlichen Klima können faschistische Parteien und Organisationen ungehindert ihr Gedankengut verbreiten, die daraus folgenden Morde und Anschläge werden als Taten verirrter Einzelner dargestellt. Gleichzeitig wird als Imagepflege eine verwaschene Ausländerfreundlichkeit demonstriert, um auf dem internationalen Parkett das Gesicht zu wahren.

Obwohl der Terror der Nazis und Rassisten ständig zunimmt, reagiert der Staat nur widerwillig und inkonsequent darauf. Währenddessen wird die Repression gegen Linke und Antifaschisten weiter verschärft.

Am 13.09.93 wird der Prozeß gegen Silvios Mörder eröffnet. Aus diesem Anlaß soll eine Kundgebung vor dem Gericht stattfinden. Es geht uns dabei nicht um die Forderung nach höheren Haftstrafen für die Täter. Von einer Justiz, die eine scheinbare Unabhängigkeit vorgibt, in Wirklichkeit aber die politischen Absichten des Staates in Gerichtsurteile umsetzt, können wir keine Genugtuung erwarten. Gerechte Strafe zu fordern, wäre absurd. Wie auch immer das Urteil ausfällt, es wird uns Silvio nicht zurückbringen. Wir wollen auf dieser Kundgebung Position gegen die gesellschaftlichen Realitäten in diesem Lande beziehen. Wir wollen zeigen, daß es notwendig ist, offensiv und mit allen Mitteln gegen Rassismus und Faschismus vorzugehen. Wir werden es nicht hinnehmen, daß alltägliche faschistische Gewalttaten Normalität bleiben. Lassen wir es nicht zu, daß die faschistischen Morde der vergangenen Jahre in Vergessenheit geraten.

Kein Vergeben,kein Vergessen!

Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren!

Kundgebung

am 13.09.93 um 11.00 Uhr

vor dem Gerichtsgebäude in der Turmstraße

Turmstrassenfest 1993:



Kein Strassenfest mit den geistigen Brandstiftern von Hoyerswerda, Mölln und Solingen!

Blockieren wir den "Informationspavillion" der Republikaner vor dem Rathaus Tiergarten!

Am Samstag, den 28.8.1993

Das Turmstrassenfest ist eines der grösseren Strassenfeste in Berlin, mit bis zu 100.000 BesucherInnen. Vom 27.-29.August verwandelt sich die Turmstrasse zwischen Stromstrasse und Waldstrasse in eine "Sauf- und Fressmeile" mit kulturellen Einsprengseln.

Die in der Tiergartener BVV vertretenen Parteien nutzen das Turmstrassenfest auch in diesem Jahr für ihre Selbstdarstellung und Wahlkampfpropaganda. Mit Einwilligung des Bezirksamtes Tiergarten stehen Bündniss90/Grüne, SPD, CDU und die REPUBLIKANER in trauter Eintracht vor dem Rathaus Tiergarten nebeneinander.

Besonders hervortun wollen sich dieses Jahr die REPUBLIKANER, sicherlich auch mit Blick auf die Bundestagswahlen 1994. Von den deutschen Rechtsradikalen werden sie als eine Art Schicksalswahlen betrachtet - Beginn einer nationalkonservativen Wende.

Die "REP`s" haben als attraktiven, auffälligen Rahmen ein 5 x 6 Meter grosses Pavillionzelt vom Veranstalter angemietet. Sie bemühen sich intensiv Parteiprominenz heranzukarren (im Gespräch ist u.a. Franz Schönhuber), um ihren 10 % WählerInnen inTiergarten, und ihren sonstigen rechten SymphatisantInnen etwas "besonderes zu bieten".

Wir sagen: Auf einem Strassenfest und nirgendwo darf es Platz für die rassistische und nationalistische Hetze der faschistischen REPUBLIKANER geben.

Deshalb rufen wir zur Belagerung des REP-INFO PAVILLION AUF!

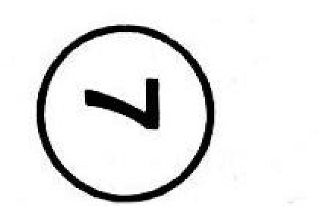
Samstag, 28.8.93 12 Uhr Rathaus Tiergarten

U-Bahn Turmstrasse

Gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus; Faschismus und Sexismus

AIM (Antifaschistische Initiative Moabit)

ViSdP.: M. Müller, Huttenstr. 15, 1/21



ERKLARUNG:

am 17.8.1987 starb - der hitler-stellvertreter rudolf hess. seitdem wird jedes jahr von faschisten verschiedenster parteien und organisationen am todestag zu einem „gedenkmarsch" aufgerufen. diese märsche sind die größten naziaufmärsche seit 1945 seitdem 1. jahrestag 1988 gibt es versuche von antifaschistInnen, die aufmärsche zu verhindern und damit widerstand gegen die faschisten zu leisten.

warum haben wir nun in der nacht vom 14 auf den 15.8.1993 für glasbruch beim innensenat in bremen und beim v.a.g autohaus utbremen (vw) gesorgt?

mit dieser symbolischen aktion wollen wir verdeutlichen, daß es verantwortliche für zunehmende bedeutung von faschistischer/n ideologie und organisationen in politik und kapital gibt.. faschismus hat viele gesichter und es ist falsch, die wesentliche verantwortung für rassistische angriffe auf ausländerInnen und flüchtlinge sowie nationalistische propaganda auf offene faschistische gruppen und parteien zu schieben.

der fdp-innensenat ist als teil der ampelkoalition in br.+ als teil der herrschenden parteien mitverantwortlich für die sexistische und rassistische flüchtlingspolitik, mit der ein gesellschaftlicher ausgrenzungskonsens erzielt werden soll. ausgrenzung von „aus der norm geworfenen", wie flüchtlinge, ausländerInnen, behinderte, lesben, schwule, ist teil allgemeiner herrschender politik. wobei die norm der hautfarbe, der herkunft oder des geschlechtes nie allein entscheidet, sondern teil einer umfassenden spaltungs- und sündenbockpolitik in bestimmten situationen ist.. und es ist klar, daß es auf dieser ebene herrschender politik keine grundsätzlichen unterschiede zwischen rep's, cdu/csu, spd und fdp gibt.. es werden verschiedene mittel angewandt, doch in der zielsetzung herrscht große übereinstimmung: die allgemeine zustimmung zu militärischen einsätzen der bundeswehr weltweit (s. somalia), die ökonomische, politische und militärische unterstützung faschistischer staaten (s. türkei), der wachsendende sozialabbau und die zunehmende verarmungspolitik gegen große teile der gesellschaft sowie weitere verschärfung einer grundsätzlich frauenfeindlichen politik sind einige beispiele für diesen politischen konsens.

das autohaus utbr.. ist eine vertretung der vw a.g., die auf dem hintergrund einer immensen expasion im ns-faschismus heute einer der größten automobilkonzerne ist. vw steht exemplarisch für all das kapital, das wesentlich zu wachsender verelendung und verarmung weltweit, in europa und auch in der brd beiträgt und auch den boden mitliefert, auf dem rassismus und faschismus gesellschaftlich gedeiht und politisch durchgesetzt wird.

ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND HÖRT NICHT BEI DVU, REPS + CDU AUF!
KAMPF DEM FASCHISMUS HEIßT KAMPF DEM IMPERIALISTISCHEN UND PATRIACHALEN SYSTEM!

antifaschistInnen aus bremen

Der Berliner Schicksalsmonat September

Mit der Olympia- und der Umzugsentscheidung wird auch über die Zukunft des Senats entschieden

BERLIN, im August

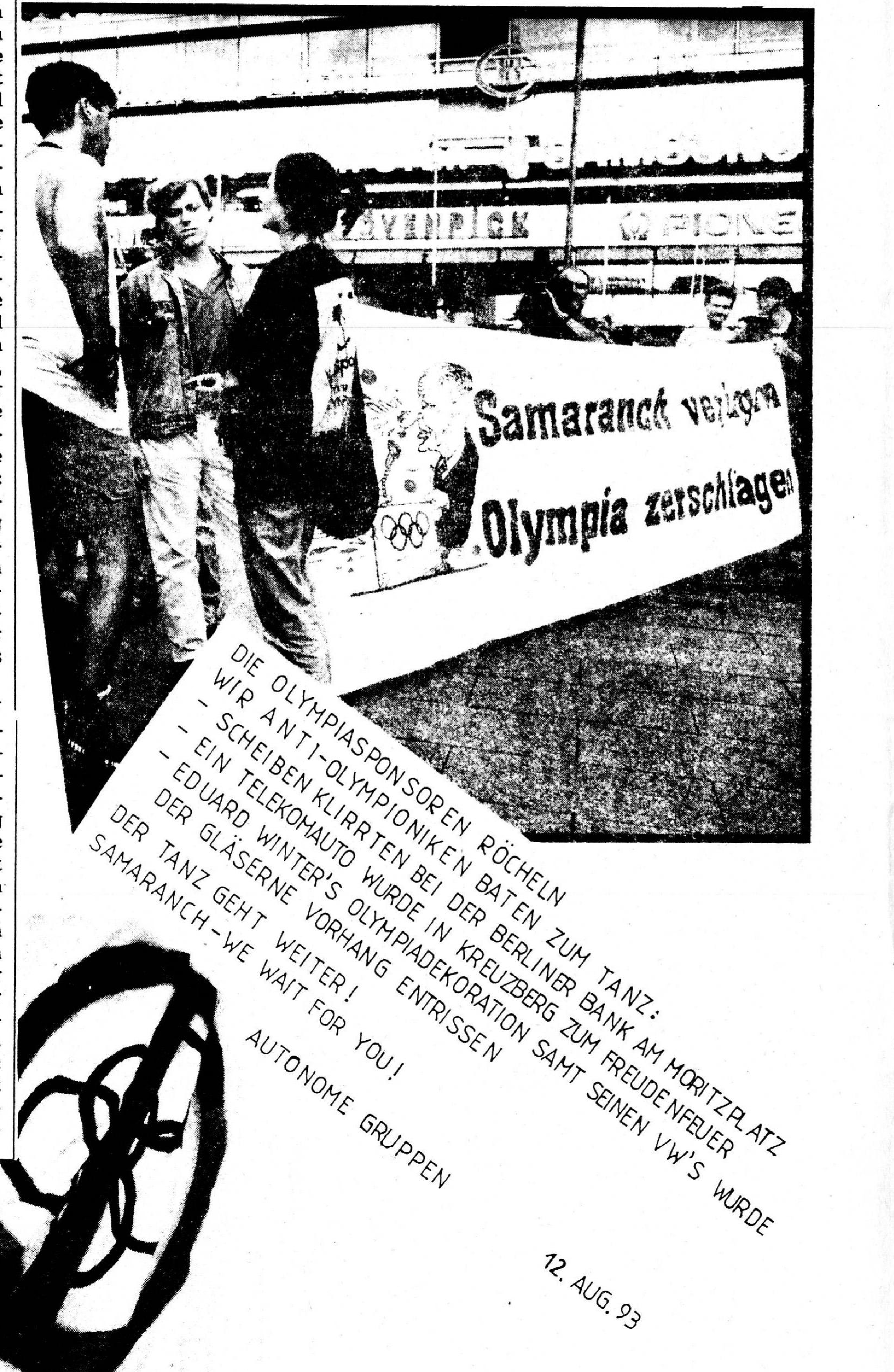
Als Eberhard Diepgen Anfang August aus der Sommerfrische zurückgekehrt war, führte er ein aufgebügeltes Nervenkostüm vor. Der Regierende Bürgermeister gab sich selbstsicher. Die zur Schau gestellte Zuversicht kann er in diesen Wochen der Hochspannung brauchen. Sein Freund Klaus Landowsky sagt sehr direkt und mit einem Schuß Seelenpathos, worum es geht: „Der September wird zum Schicksalsmonat für Berlin."

Diepgen und die Große Koalition stehen unter ungeheurem Erwartungsdruck. Am 23. September fallen beim IOC in Monte Carlo die Würfel, ob Berlin Olympiastadt 2000 wird. Am 30. oder etwas später will die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die entscheidenden Weichen für den Hauptstadtumzug stellen. Es geht um den Durchbruch zum Umzugsjahr 1998. Nach diesen „Schicksalsdaten" wird die Berliner Stimmungswelt eine andere sein. Auftrieb für den ersehnten Entwicklungsschub? Tatendrang unter Zeitdruck? Oder neue Verunsicherung, Resignation, gar Lähmung? Die Senatskoalition kann hinterher glänzend dastehen – oder reichlich wackelig. Gehen beide Entscheidungen für Berlin daneben, wird man – die CDU eingeschlossen – vor allem Diepgen Fehler und Versäumnisse anlasten. Die Koalition könnte ihre ohnehin nicht sehr starken Kräfte einbüßen, die sie für ihre Aufgaben dringend braucht: die Verwaltungsreform, die Konsolidierung der Finanzlage, die Verschmelzung Berlins mit Brandenburg zu einem Bundesland. Allerdings sind diese drei Vorhaben den Koalitionsparteien herzlich unbequem. Der Senat ist aber auf ihre Zustimmung angewiesen, und die erreicht er wohl am ehesten mit dem Rückenwind des Erfolges in Monte Carlo und in Bonn.

Man kann herumrätseln, welche Wirkung die Olympia-Vergabe auf die Hauptstadtdebatte haben wird. Manche befürchten, wenn Berlin die Spiele bekommt, werde die Bonn-Lobby versuchen, die Umzugsverschiebung mit der Behauptung durchzusetzen, beides auf einmal schaffe Berlin nicht. Andere erwarten dann erst recht den frühestmöglichen Aufbruch nach Berlin. Landowsky hat einen versteckten Appell an die Schrittmacher in Bonn parat: Der Hauptstadtumzug sei am wichtigsten, ja „ein existentieller Punkt für die Berliner Union". Trotzig berlinert er seine Prognose: „'98 wird gezogen." Diepgen aber wirkte am Montag im Rundfunk, als hätte er schon wieder Knitterfalten: „Wenn wir den Olympia-Zuschlag nicht bekommen, wird das die Hauptstadtentscheidung sicher nicht negativ beeinflussen." •••

•••Kann die Berliner Politik die anstehenden „Schicksalsentscheidungen" noch beeinflussen? Zumindest psychologisch. Wenn Mitte September der CDU-Bundesparteitag in Berlin stattfindet, kommt es für Diepgen auf einen guten Eindruck auf die Delegierten an. „Die Presse wird auch nicht nur schreiben, was im ICC passiert, sondern über alles, was sie hier sieht", meint Landowsky. Wie sagte dieser Tage der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schorlemer in Berlin: Man würde sich über eine fröhliche, gastfreundliche Stadt freuen. •••

DER TAGESSPIE 24. AUGUST 1993



DIE OLYMPIASPONSOREN RÖCHELN
WIR ANTI-OLYMPIONIKEN BATEN ZUM TANZ:
– SCHEIBEN KLIRRTEN BEI DER BERLINER BANK AM MORITZPLATZ
– EIN TELEKOMAUTO WURDE IN KREUZBERG ZUM FREUDENFEUER
– EDUARD WINTER'S OLYMPIADEKORATION SAMT SEINEN VW'S WURDE
DER GLÄSERNE VORHANG ENTRISSEN
DER TANZ GEHT WEITER!
SAMARANCH – WE WAIT FOR YOU!

AUTONOME GRUPPEN

12. AUG. 93

Bericht von der 2. berlinweiten Häuser-VV am 18.07. in der Kastanie 77

Niemand hat es erwartet: beim 2. Häusertreffen waren noch mehr als beim 1. Treffen, über 80 Leute, die auch alle furchtbar motiviert waren.

Los gings mit kurzen Berichten von Häusern und Wagenburgen, die akut in der allernächsten Zeit bedroht sind.

★ *Kinderbauernhof Adalbertstr.*
Der Platz ist zum Januar '94 gekündigt und sämtliche Gelder sind gestrichen. Davon betroffen sind auch die gemischte und die Schwul-Lesbische-Frauen Wagenburg. Weitere Infos gibts auf deren Plenum (27.8., Heilehaus, Uhrzeit ???).

★ *Wagenburg Waldemarstr./Engelbecken*
Da fliegen seit 1-2 Wochen die Bullen mit dem Hubschrauber drüber, filmen und verbreiten Psychoterror. Sie haben die Aufforderung, auf einen Platz in Karow (jwd) zu ziehen, der schon von ein paar Rollheimern genutzt wird. Da wollen sie nicht hin. Ein ziemlich sicheres Gerücht besagt, daß es innerhalb der nächsten Woche zu einer Räumung kommen soll. UnterstützerInnen sollen sich dringend auf dem Platz melden!

★ Die *Scharnweberstr. 28* in F'hain (SEK) scheint rückübereignet zu sein. Der Rechtsverdreher des angeblichen Eigentümers fordert zur Räumung des Hauses zum 31.8. auf. Auch wenn dann natürlich niemand draußen sein wird, könnte es eng werden.

★ Marchstr./Einsteinufer hat um den 10.9. rum ihren Berufungs-Prozeß. Fragt da nochmal nach.

★ Die *Niederbarnimstr. 24* (F'hain) ist schon in "Privatbesitz". Es soll noch im September mit Modernisierungen begonnen werden, bis dahin sollen die Leute draußen sein.

★ Die *Kreutziger Str. 11* (F'hain) scheint auch bedroht zu sein, die Rechtslage ist da aber noch reichlich unklar.

Das sind nur die wirklich akuten Fälle, eigentlich alle Wagenburgen, viele Häuser und Projekte kämpfen mit Mieterhöhungen, Kündigungen, Modernisierungen, Rückübereignungen usw. Einzelheiten sollten in den Bezirks-VVs besprochen werden, die am Mittwoch in Kreuzberg, Friedrichshain, Mitte und Prenzelberg stattgefunden haben. Die Infos werden auf dem nächsten berlinweiten Treffen zusammengetragen (Termin unten...).

Demo
Das AOK (Anti-Olympisches-Kommitee) hat vorgeschlagen, auf der großen NOlympia-Demo vom 18.9. Häuser, Wagenburgen und Vertreibung als weiteren inhaltlichen Schwerpunkt aufzunehmen. Es gab Diskussionen, ob dabei die Probleme der Häuser und Wagenburgen nicht untergehen werden. Deshalb werden wir mit einem eigenen Block an der NOlympia-Demo teilnehmen und eigene Redebeiträge vorbereiten. **Außerdem** bereiten wir (vielleicht im Rahmen einer Aktionswoche) einen eigenen Umzug von Leuten und Wagen vor. Eine Vorbereitungsgruppe gibts schon.

Aktionstage
Genauere Ideen für die Aktionstage sowie ein Termin dafür werden wir beim nächsten Mal bereden - mit hoffentlich unendlichen Vorschlägen aus den Bezirks-VVs.

Infoketten
Es wurde beschlossen, die Infoketten in den einzelnen Bezirken zu reaktivieren oder aufzubauen und berlinweit zu verknüpfen. Dafür gibt es eine Arbeitsgruppe, in der Leute aus allen Bezirken sitzen.

3. berlinweite
Häuser & Wagenburgen-VV
Mittwoch, 1.9.
20 Uhr
Kinderbauernhof
Adalbertstr.

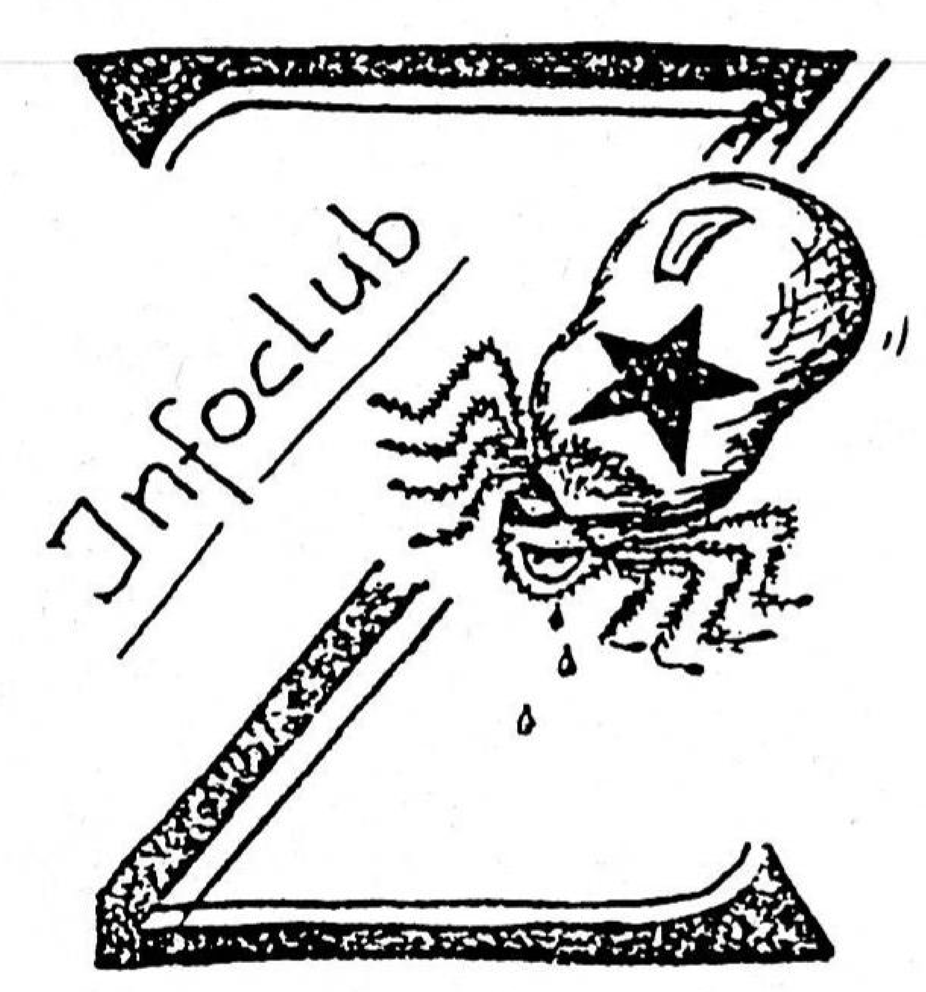
3. Oktober - es gibt keine deutsche Einheit!



Drei Jahre ist sie nun her - die Auflösung der DDR durch "Beitritt" nach Art. 23 Grundgesetz am 3. Oktober 1990. Von den Herrschenden als "Vereinigung" bezeichnet und als Wiederherstellung einer deutschen Nation gefeiert, war er seiner Form nach von Anfang an Annexion und Zerstörung ökonomischer, sozialer und kultureller Zusammenhänge in der übernommenen DDR. Real gibt es keine Einheit, vielmehr sind die Lebenslagen in Ost und West völlig verschieden und entsprechend sind es auch ihre Reflexionen. Für uns, die wir aus dem Osten kommen, ist das Leben in fast allen Bereichen fremdbestimmt. Das ist eine Erfahrung, die alle von uns täglich erleben. Egal ob es um Abriß in der Dresdener Neustadt, Olympia-Jachthäfen in Rostock, um die Abwicklung von Bischofferode oder die Umbenennung von Straßen geht - immer ist klar, daß die Entscheidungen nicht von den Menschen hier getroffen wurden, sondern von einem westdeutschen Herrschaftsapparat, dessen Visage sie dann auch meist tragen. Herrschaft ist in der DDR nicht nur durch den Besitz von Fabriken und durch ein dickes Bankkonto gekennzeichnet, sondern auch vor allem dadurch, daß sie von außen kommt, eine Fremdherrschaft ist.

In ökonomischer Hinsicht heißt das in erster Linie die Vernichtung jedweder eigenständigen Akkumulationsbasis unter dem Diktat von Währungsunion und Treuhand und eine auf Dauer gestellte Abhängigkeit der Menschen von ihrer Alimentierung mit Staatskohle. Auf Arbeitsämtern, in den Amtsstuben, auf den Sozialämtern, bei ABM - überall das gleiche Spiel, die Degradierung weiter Teile der Bevölkerung in der DDR zu Verwaltungsobjekten einer Westbürokratie. Vielen wird immer klarer, daß die Auslieferung an die herrschende Klasse der BRD alles andere als "Wohlstand für alle" heißt, daß sie immer mehr die Zeche zahlen sollen. Es wird immer offensichtlicher , daß wir hier im Osten ein Politbüro nur losgeworden sind, um uns eine Bande von Treuhandgangstern und Kolonialbeamten einzuhandeln. Die Zerstörung der DDR-Volkswirtschaft ist also ein Ergebnis der Annexion. Darum ist die Forderung nach Reperationszahlungen für die angerichteten Schäden durch die BRD-Regierung gerechtfertigt.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen vollzieht sich die Konstruktion von ostspezifischer Gemeinsamkeit, in der sich die gemeinsame Betroffenheit von der Fremdbestimmung durch das westdeutsche System niederschlägt.



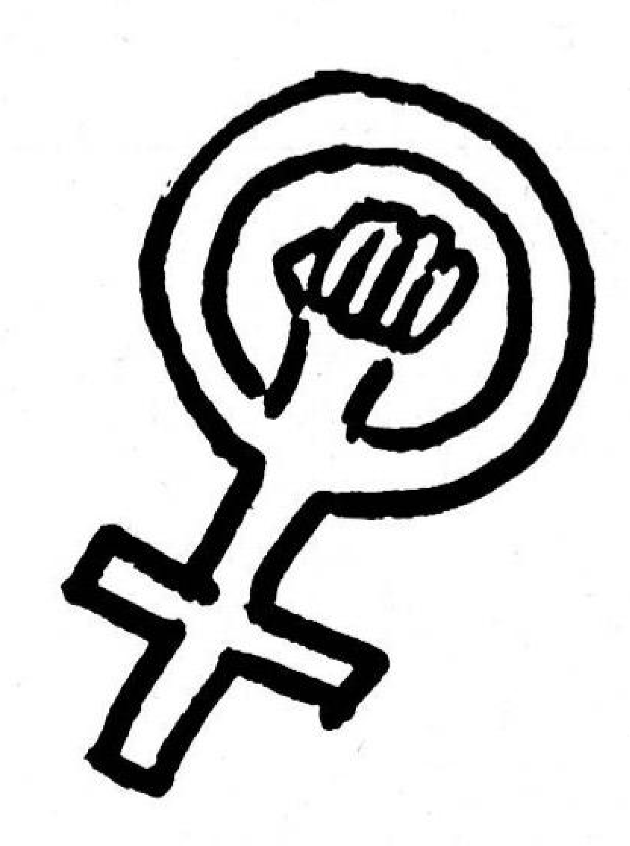
In der ostdeutschen Linken bleibt diese Lage bislang weitgehend unreflektiert. Genauso vehement wie 1989/90 "Nie wieder Deutschland!" gerufen wurde, wendet sich ihr Großteil jetzt - wo unsere damaligen Prophezeiungen sich bewahrheiten - von der sozialen Realität in diesem Lande ab. Diskussionen und Posen aus westdeutschen Szeneblättern bestimmen den politischen Alltag. Ein Widerstand dagegen wird im Osten auf Dauer nur möglich sein, wenn sich eine eigenständige Ost-Opposition herausbildet, die den Bruch mit den herrschenden Verhältnissen immer auch als Bruch mit einer West-Gesellschaft begreift, und in der Lage ist, aus den authentischen Erfahrungen im Osten heraus eine politische Praxis zu entwickeln. Das Ende der Fremdherschaft ist in der DDR die Voraussetzung für die Möglichkeit revolutionärer Veränderungen überhaupt.

Dabei ist der Bruch mit den vorgegebenen Politikformen und Bewertungsmuster eine Grundvoraussetzung, die selbstverständlich auch für unseren Umgang mit der Westszene gelten muß. In diesem Rahmen werden viele Bereiche, die wir in unserer politischen Praxis besetzen zum Teil einer langfristigen Mobilisierung mit der Perspektive, unsere Vorstellungen und Kämpfe an einen sozialen Prozeß zu knüpfen.

So muß der Inhalt antifaschistischer Politik nicht in erster Linie in der - trotzdem nötigen - militanten Auseinandersetzung mit Faschisten, sondern vielmehr im Kampf gegen die rassistische Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung bestehen. In diesem Zusammenhang ist eine Forderung nach Autonomie gleichbedeutend mit einem Aufbrechen des völkischen Konsens. Deutschland den Boden zu entziehen ist ein Schritt in die Richtung von befreitem Leben....

Wir sollten die Aktionen gegen die zentralen Einheitsfeierlichkeiten der Bundesregierung am 3.Oktober in Potsdam als Schritt in diese Richtung nutzen. Gerade zu diesem Datum müssen Linke in der DDR mehr zu sagen haben. Wir schlagen daher eine eigenständige DDR-weite Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung (Ost-Block auf der Groß-Demo) vor. Sie soll schon im Vorfeld von gemeinsamen Diskussionen darüber getragen sein, was "links sein" in Ostdeutschland bedeutet, welche Aufgaben/Forderungen eine Linke in diesem Land hat.

Der Auftritt am 3.Oktober muß dann diese Besonderheit auch deutlich zum Ausdruck bringen; durch Parolen, Plakate und Aktionen, die "Deutschland" vom Osten her in Frage stellen.



Revision des Einigungsvertrages!

Autonomiestatus für die DDR!

Der Osten schlägt zurück!

Wir wollen auf dem nächsten Ostvernetzungstreffen eine Arbeitsgruppe zum Thema in's Leben rufen, erwarten aber möglichst schon vorher Eure Reaktionen. Der Kontakt kann über die B.Z. hergestellt werden.

Eure revolutionäre O.S.T.B.L.O.C.K.gruppe (S)

Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, daß es Krieg geben wird - wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon ausgestellt.

Stellt Euch vor: Die Regierung erklärt in der Debatte zum Bundeswehreinsatz in Somalia, sie wolle deutsche Soldaten deswegen dorthin schicken, weil dort reiche Erdölvorkommen bestehen, das Land militärstrategisch eine große Bedeutung hat und sie die Kontrolle Somalias deshalb den anderen imperialistischen Ländern nicht allein überlassen wollen. Im übrigen müsse die Bundeswehr für die kommenden Einsätze schon jetzt das Kämpfen üben. Würden sie ihre wahren Interessen so offen formulieren, könnten sie mit der Unterstützung von Teilen der Bevölkerung womöglich nicht rechnen. Eventuell würde sogar ein größerer Widerstand dagegen entstehen. Um dies zu verhindern, muß mit allen Mitteln glaubhaft gemacht werden, daß die Bundeswehr und alle anderen Truppen nur zu Friedenszwecken in Somalia sind.
Ein wichtiges Instrument, mit dem dies in den Köpfen der Menschen durchgesetzt wird, ist die Steuerung der Medien.
Auch in Somalia wurde alles darangesetzt, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Medien, die sich gegen die Intervention stellen, auszuschalten. So wurden Radiostationen, wie Radio Mogadischu, bombardiert und JournalistInnen erschossen.

Die BRD-Imperialisten bereiten sich ideologisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch auf den Krieg vor. Um das Gefühl "Wir sind wieder wer" zu stärken, wird eine hemmungslose rassistisch-chauvinistische Propaganda geführt. Ein Teil dieser Propaganda ist die rassistische Hetze gegen MigrantInnen, Flüchtlinge und Schwarze Frauen, Männer und Kinder, die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und die Verschärfung der Ausländergesetze.
So läuft die Faschisierung der BRD nach Innen und Außen. Nach Außen soll durch den Einsatz von Militär und Paramilitär an den BRD-Grenzen "ungewünschte Einwanderung" auch unter Einsatz von Schußwaffen verhindert werden. Nach Innen werden bestehende Rechte immer mehr abgebaut, Lauschangriffe werden legalisiert, der Polizei und der Klassen- und Gesinnungsjustiz wird immer mehr freie Hand gelassen. Der §218 wird noch mehr verschärft, unter anderem deshalb, damit die weißen, deutschen Frauen für einen eventuellen Krieg mehr Soldaten gebären. Im Zusammenhang mit dem Sozialabbau stellt dieser Schritt einen Generalangriff auf die Frauen dar. Frauen, die nicht den besitzenden Klassen angehören, sollen zu Herd und Kindern verdammt sein und werden gezungen, die wenigen Errungenschaften, die sie sich in dieser männerbeherrschten Gesellschaft erkämpft haben, abzugeben.
Außerdem schreien die KapitalistInnen lauthals, daß der Arbeitstag verlängert und die Arbeitzeit flexibilisiert werden soll. Tarifverträge werden einseitig von den ArbeitgeberInnen aufgehoben. Karenztage sollen eingeführt werden. Medizinische Behandlung soll nur für die, die das Geld haben, umfassend möglich sein. Das Streikrecht soll noch weiter eingeschränkt werden. Damit und mit unzähligen anderen Maßnahmen, wollen sie die Lasten der wirtschaftlichen Krise, auf die ohnehin schlechter gestellten, abwälzen und selbst noch mehr Profit abschöpfen.

Während in den sozialen Bereichen kräftig gespart wird, bleibt der Militärhaushalt, trotz aller interner Umstellungen, von den Sparmaßnahmen unberührt und wird sogar noch aufgestockt. Die Bundeswehr soll modernisiert und als schlagkräftige Agressionsarmee nach Außen und Bürgerkriegsarmee nach Innen gestärkt werden.
Die kolonialistische Besetzung Somalias zeigt deutlich, daß es unter den Bedingungen von Rassismus, Sexismus und Kapitalismus keinen dauerhaften Frieden geben kann. Krieg ist ein Teil des Systems.

Die Rolle der UNO in diesem System ist folgende: Während der UNO selbst fast alle Länder angehören, sitzen im UN-Sicherheitsrat, der die Aktivitäten der UNO maßgeblich bestimmt, nur die USA, China, Frankreich, Großbritanien und Rußland. Die BRD und Japan, die einen großen Teil des UNO-Haushalts tragen, haben über die G7 bereits jetzt ein Mitbestimmungsrecht und streben einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat an. Dieser war bisher nur den Mächten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition vorbehalten.
In den letzten Jahren haben die UNO-Einsätze drastisch zugenommen: von 1987-91 waren jährlich 10.000-15.000 UN-Soldaten im Einsatz, 1992 schon 62.000. Die Zahl der Einsätze wuchs von 8 auf 12, die Kosten vervierfachten sich auf 1,2 Milliarden US-Dollar jährlich (ND vom 16.6.93).
Mit dem Übergang der früheren RGW-Staaten auf die Seite der imperialistischen Mächte, wurde aus der UNO endgültig ein internationales Kontroll- und Herrschaftsinstrument, das die "neue Weltordnung" der Großmächte, Frankreich, Deutschland, USA, Japan, Rußland etc. politisch, wirtschaftlich und militärisch absichern soll. So werden mit UNO-Mandat ihnen politisch unliebsame Länder entwaffnet bzw. destabilisiert: z.B. wird der Irak von den US-Imperialisten nach Belieben bombardiert. Dabei dient die irakische Kurdenpolitik als eine Begründung für die Angriffe. Gleichzeitig bleibt der Vernichtungskrieg des NATO-Mitglieds Türkei gegen das kurdische Volk von der UNO unbeachtet.
Oder: US-Präsident Clinton droht der Volksrepublik Nordkorea mit Sanktionen, falls diese endgültig aus dem Atomwaffensperrvertrag austreten. Zugleich bleiben die USA mit einer starken Militärmacht im Süden Koreas präsent und lassen sich auch weiterhin nicht in die Karten schauen, ob ihre Kriegsschiffe nukleare Waffen tragen.
In Somalia, einem strategisch wichtigen Land mit reichen Erdölvorkommen, wurde das Machtvakuum, das durch den Sturz Siad Barres entstand, genutzt, um das Land kolonialistisch zu besetzen. Jetzt wird die somalische Zivilbevölkerung durch Luftangriffe tyrannisiert und teilweise niedergemetzelt, jeder Widerstand gegen die UNO-Besatzung wird sofort blutig zerschlagen.

Die imperialistischen Mächte führen nicht nur Krieg gegen die unterdrückten Völker um ihren Wohlstand mit allen Mittel zu verteidigen, sondern bekämpfen sich auch untereinander, wenn es darum geht, Absatzmärkte, Einflußsphären usw. unter sich aufzuteilen. So hat sich die BRD im ehemaligen Jugoslawien mit ihrer antiserbischen Politik gegenüber England, Frankreich und den USA durchgesetzt. Die waren zunächst gegen die Teilung des Landes. Die BRD konnte damit ihr Interesse an einem "deutschen ost-eropäischen Hinterhof" durchsetzen.

Alle diese Kriege bringen Tod, Hunger, Elend für die Bevölkerung. Sie bedeuten massenhafte Vergewaltigung der Frauen und Zwang zur Prostitution. Die Kriege bedeuten die hemmungslose Zerstörung der Umwelt. Täglich werden hunderte, tausende Menschen in diesen Kriegen getötet. Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Hunger, Elend. Und Menschen sterben nicht nur in den Kriegen, sondern auch an den Kriegsfolgen. Weil die Imperialisten ein Embargo gegen Irak verhängt haben, sind bis jetzt über 240.000 Menschen wegen Medikamentenmangel gestorben.
Massenhafte Vergewaltigungen finden nicht nur in Ex-Jugoslawien statt. Überall wo reaktionäre Kriege geführt werden, ist die Vergewaltigung von Frauen eine Kriegsstategie. Und in der Logik der Kriegsstrategie wird auch in der Öffentlichkeit über diese geurteilt. So ist es ein Verbrechen, wenn serbische Männer Frauen vergewaltigen. Aber wenn es die bosnischen Männer tun, dann wird darüber im Extremfall geschwiegen.
Frauen werden in den Kriegen nicht nur getötet, vertrieben oder vergewaltigt. Wo reaktionäre Kriege stattfinden, wird auch die (Zwangs) Prostitution entwickelt. Es ist kein Zufall, daß die heutigen Länder des Sextourismus gerade die Länder sind, in denen imperialistische Kriege geführt oder Soldaten zu diesem Zweck stationiert worden sind.

Wir haben die Wahl, bei dem Ganzen passive(r) ZuschauerIn zu sein oder aktive(r) KämpferIn für eine neue Welt, in der die Ausbeutung der Menschen, durch die Menschen beendet ist, in der Klassen und Grenzen abgeschafft sind, in der sexistische Unterdrückung und Rassismus Fremdwörter sind und der Krieg ein Relikt aus einer längst vergessenen Vergangenheit ist.

Zu diesem Kampf gehört es auch, jeden Schritt der Herrschenden aufmerksam zu verfolgen und deren Kriegspläne bloßzulegen. Keiner der imperialistischen Verbrecher verdient unsere Unterstützung, egal was sie uns einreden wollen und egal, ob es "unsere eigenen" sind oder die anderen, die mit ihnen konkurrieren.

Wir sagen:
"Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen anderen Krieg
Das wird der richtige sein."

Gegen die imperialistischen UN-Interventionen, überall!!!
Organisiert den revolutionären Kampf!!!

Demonstration am Samstag 11.9.93

12 Uhr ALEXanderplatz

Internationalistische Lesben/Frauen und Frauen um Bolschewik Partisan
Wir sind erreichbar:
Frauen gegen imperialistische Kriege c/o Nachladen, Waldemarstr.36, 10999 Berlin

V.i.S.d.P.: Tamara Bunke, Clara-Zetkin-Str.33



BERLIN

Neue Postleitzahl: 10178

INFORMATIONS- und PRESSESTELLE

06.07.1993

O — 1020 Berlin,
Hans-Beimler-Straße 25
Telefon: 030/24394 (0) — 235
Bw-Kennz.: 2471 (88) —
Telefax: 030/24394 (0) — 333
Bw-Kennz.: 2471 (88) —

Mitteilung an die Presse 15/93

Die Informations- und Pressestelle der Bundeswehr BERLIN erklärt auf Anfrage:

Am 01. Juli 1993 gegen 12.00 Uhr haben mehrere vermummte Personen mit sechs Eimern Tierblut den Haupteingang, den Vorplatz und die Fensterfassade der Informations- und Pressestelle der Bundeswehr BERLIN besudelt. Dabei wurde hoher Sachschaden verursacht. **Die Gruppe war von Fotografen und Fernseh-Teams begleitet.**

Zu dem Schweineblut-Anschlag hat sich eine militante Gruppe bekannt, die sich "Kampagne gegen Wehrdienst, Zwangsdienste und Militär" nennt. Die Gruppierung mit ihrem selbsternannten Sprecher Christian Herz ist dafür bekannt, daß sie agressiv Standpunkte propagiert, die außerhalb unserer Rechtsordnung liegen (z.B. die "Totalverweigerung"). Damit kriminalisiert sie junge Leute ihrer Gefolgschaft.

Das widerliche Verspritzen von Blut kennzeichnet die Vorgehensweise dieser Leute, sie ist geschmacklos, unverständlich und nicht akzeptabel.

Die Bundeswehr hat Strafantrag gestellt.

kof---

"Rühe schaffen ohne Waffen"

Blut der Kampagne für Somalia

Da die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär immer erfolgreicher zur Musterungsverweigerung aufruft, wird die Einrichtung eines Sozialfonds zum Auffangen der zahlreich zu erwartenden Bußgelder dringlich. Daher fand auf dem Plenum der Vorschlag breite Zustimmung, daß sich die Mitglieder der Kampagne zum massenhaften Blutspenden entschließen, wofür es bekanntlich Geld gibt. Nötig wird dies auch sein, um die künftigen Prozeßkosten für Totalverweigerer und gewaltfreie Aktivisten abzudekken.

Am 1. Juli war wieder Einberufungstermin. Während einige Hundertschaften Polizei und BGS jeden S-Bahnhof in Berlin bewachten - aus Angst vor den üblichen Gleisblockaden zu diesen Terminen, kippten Aktionisten der Kampagne diesmal mehrere Liter Schweineblut vor der Pressestelle der Bundeswehr ab. Letztere befindet sich seit einigen Monaten delikaterweise direkt neben dem berüchtigten Ostberliner Polizeipräsidium Keibelstraße.

Die nebenstehende Pressemitteilung dieser Einrichtung spricht für sich und ganz im Gestus der SED-Politbürokratie. Eine Blutspur wurde dann noch mit deutlichem Bezug zum Somalia-Einsatz der Bundeswehr von der BW-Propaganda-Stelle zum Mahnmal für die Opfer, der Neuen Wache Unter den Linden, gezogen.

telegraph 7/8/93

in der nacht vom 4. auf den 5. august kam es in der wagensportliga zu einem erneuten heimspiel.
diesmal wurde ein mercedes der s-klasse mit einem züricher kennzeichen flambiert. am paul linke ufer/glogauerstr. gelang der volle erfolg, totalschaden.
damit wurde in der neuen spielsaison seit anfang juni der vorsprung auf 5:0 ausgebaut. bisher wurden 2 s-klasse und 2 bmw der 1er reihe und ein olympia-daimler zum abstieg gezwungen.
gegen olympiawahn und hauptstadtwahn!
autonome gruppe "züri brennt"

TROUBLED BRIDGE OVER DIRTY WATER

NUR NOCH 14 MONATE,

dann gibts hier Krach und Gestank

Nachdem nun 1 Jahr vorwiegend Abrißarbeiten an der Oberbaumbrücke stattfanden, wird jetzt aufgebaut. Verschiedene Veränderungen deuten darauf hin.
Anfang Juli wurden zwei Baustellenschilder aufgestellt, aus denen die nunmehr beteiligten Großfirmen die "Arbeitsgemeinschaft Wiederaufbau der OBB" bilden. Es sind die Firmen Kemmer, Heitkamp und Philipp Holzmann.
Folgende Termine sind dort angeschlagen:

- 15.12.1994, Eröffnung der OBB (schon jetzt ist uns zu Ohren gekommen, daß der Senat schon am 30.10.94 eröffnen will.)
- 1.06.1996, Wiederinbetriebnahme der U1 bis zur Warschauer Brücke
- – , an diesem Punkt verzichten sie auf Daten, denn die Straßenbahn ist lediglich in Planung.

Im letzten Jahr wurde eine Kompromißplanung verabschiedet, in der die Straßenbahn mitenthalten war. Schon wenige Monate später stellte sich heraus, daß dies eine Verarschung war, um den Leuten das Maul zu stopfen. Der Senat behauptete, daß der schlechte Zustand der Warschauer Brücke einer Straßenbahn nicht standhält. Faktisch heißt das, daß die OBB mit 5 Autospuren eröffnet werden soll, ohne Verlegung von Gleisen.
Um den Innenstadtring schließen zu können, muß ein weiteres Problem gelöst werden, um das sich Senat und Bezirksamt streiten. Es geht um den Ausbau der Oberbaum- und der Falckensteinstraße. Eigentlich ist das Bezirksamt für den Ausbau dieser beiden Straßen zuständig. Da es mit der Senatsplanung (z.B. Wegfall der Gleise, Anzahl der Autospuren...) nicht einverstanden ist und deswegen Verzögerungen eintreten, gibts Schwierigkeiten: der Senat droht dem Bezirk die Kompetenzen zu entziehen... Wie dem auch sei, ein schwieriges Formal-Gerangel, eine weitere Großbaustelle an der Oberbaum/Falckensteinstraße wird entstehen.

Auch auf juristischem Wege wird versucht, den Ausbau der OBB zu verhindern: eine Anwohnerinnenklage wurde vor 3 Wochen beim Verwaltungsgericht eingereicht, dazu eine Notiz aus der Berliner Zeitung vom 17.08.93



Klage eingereicht

Der Ausbau der Oberbaumbrücke für den vierspurigen KFZ-Verkehr ist rechtswidrig. Diese Auffassung vertritt das Rechtsanwaltsbüro Gaßner, Groth und Siederer und reichte gestern im Auftrag einer Anwohnerin beim Verwaltungsgericht Klage ein. Die Anwälte begründen die Klage damit, daß für den Umbau kein Bebauungsplan erstellt worden sei. Dieser sei entgegen der Auffassung des Senats notwendig, denn der Ausbau sei eine „wesentliche Änderung" der Straße. Schließlich habe die Brücke, die zum geplanten Innenstadtring gehören soll, bislang immer nur über zwei Spuren verfügt. Zudem werde der Verkehr soviel Lärm machen, daß die Werte überschritten werden, von denen an ein neuer Plan notwendig ist. Die Senatsbauverwaltung konnte gestern noch keine Stellungnahme zu der Klage abgeben. „Jetzt muß das Gericht sich an uns wenden", so Sprecher Ralf Schlichting. eb



KEIN INNENSTADTRING

Und nun noch zu einigen Formen und Problemen des Alltags-Widerstands. Im letzten Herbst wurde eine Info-Hütte an der Ersatz-Fußgängerbrücke Gröbenufer/Ecke Bevernstraße gebaut. Idee war, über den Stand der Baumaßnahmen und mögliche Widerstandsaktionen zu informieren. Leider tauchte ein destruktives Phantom auf, das den Namen Norbert trägt und in der Pfuelstraße wohnt. Inzwischen ist er kein Phantom mehr. Nicht nur wir, sondern auch andere haben Bekanntschaft mit ihm gemacht. Er ist den lieben langen Tag in Sachen Ordnung unterwegs. Nach eigenen Angaben handelt er im Auftrag Diepgens. Er ist mit 4500 anderen Berlinern auserwählt für Ordnung in seinem Kiez zu sorgen. Sein Gebiet umfaßt die Ganze Umgebung des Schlesischen Tores bis zur Skalitzer Straße/Höhe Post. Das sein Auftrag tendenziell ausfällt liegt auf der Hand, bei dem Auftraggeber. Gegen links, das haben außer uns schon viele Plakatkleber in der Ecke festgestellt. So hat er z.B. durch Abreissen den letzten 1. Mai für nicht existent erklärt. Er reißt allerdings auch alles andere ab, was nicht "ordnungsgemäß" geklebt wird und reinigt gelegentlich den Bürgersteig. Soweit zu diesem unangenehmen Zeitgenossen: wir kleben und kleben, er reißt und knibbelt.

Als sich vor 2 Jahren erster Widerstand gegen die Senatsplanung zur Hauptstadt, und damit für die Schließung eines sogenannten Innenstadtringes, regte, war schon klar, daß es sich hier um ein jahredauerndes Projekt handeln wird. Inzwischen hat uns die Realität schon wieder soweit eingeholt, daß alle tiefschwarzen Prognosen über die Zerteilung und Zerstückelung nicht nur unseres Kiezes bald da sein werden. Um aber nochmal speziell auf die Situation hier vorbereitet zu werden, wurde die OBB am 9.8. vorzeitig eröffnet. Es sollte und wurde ein Stau simuliert: KRACH, DRECK, keine LUFT zum ATMEN......

DER SENATOR FÜR STADTZERSETZUNG UND UMWELTSCHMUTZ

BERLIN

DER SENATOR FÜR STADTZERSETZUNG UND UMWELTSCHMUTZ

BERLIN

Fußgängervignette

für die Benutzung der Bürgersteige

für den Besuch der öffentlichen Parks zu Erholungszwecken.

DM 60,-

nicht übertragbar.

Vor Mißbrauch wird gewarnt!

Lichtbild

Name

Adresse

Unterschrift

WIR HABEN FÜR SIE DEN STAU AUFGELÖST

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitwürger !

Wir freuen uns mit Ihnen, daß Sie wohlbehalten aus dem Jahresurlaub zurückgekehrt sind. Gemeinsam wollen wir nun die zweite Jahreshälfte mit viel Aktivitäten in Angriff nehmen. Die erste Entscheidung wird schon heute für Sie wirksam:
Sicherlich ist Ihnen seit Beginn der Schulzeit (Donnerstag, 5.8.93) der stärker gewordene Autoverkehr aufgefallen. Um die Situation in Kreuzberg und Stadtmitte in den Griff zu bekomen, hat der Senat in Abstimmung mit der Bundesregierung kurzfristig beschlossen, die Oberbaumbrücke schon jetzt für den Autoverkehr zu öffnen. Die daraus folgenden Erleichterungen werden sie heute, Montag den 9.8.93 ab 15 Uhr deutlich zu spüren bekommen.
Der Stau ist aufgelöst. Die Räder rollen.
Gleichzeitig müssen wir jedoch um Ihr Verständniss bitten. Vorläufig können noch nicht alle Bedürfnisse zufriedengestellt werden. Durch die zwingend notwendig gewordene vorzeitige Öffnung der Oberbaumbrücke konnte das Gesamtkonzept mit U-Bahn, Straßenbahn und Radwegen noch nicht umgesetzt werden. Außerdem stellten Experten bei näherer Betrachtung der Warschauer Brücke fest, daß ihr baulicher Zustand keine weiter Belastung durch U- und Straßenbahn zuläßt. Neue Pläne müssen her und Kemmer, Heitkamp und Holzmann wollen bezahlt werden. Aber von wem? Denn, wie Sie wissen, sind auch unsere Taschen leer.
Damit die Wartezeit auf den öffentlichen Nahverkehr für sie nicht so lange wird, ist ab heute die Benutzung der Bürgersteige gebührenpflichtig. Es sind Mautstellen eingerichtet worden, an denen Sie Fußgängervignetten erwerben können. Diese berechtigen auch zum Besuch der öffentlichen Parks zu Erholungszwecken, sind jedoch nicht übertragbar. Vor Mißbrauch wird gewarnt! Ein kleiner Trost zum Schluß: Bei überhöhten Ozonwerten raten wir Ihnen, sich an die zu erwartenden Staustellen Kottbusser Tor, Lausitzer Platz und Schlesisches Tor zu begeben. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß Ozon sich durch konzentrierte Autoabgase in Luft auflöst. Ein erfolgreiches Weiterkommen wünscht Ihnen:

Ihr
Senator für Stadtzersetzung und Umweltschmutz

falls sie dennoch im stau steckenbleiben fragen sie ihren arzt oder apotheker oder noch besser kontaktieren sie ihren schrotthändler

Positiv zu erwähnen sind hervorragende schauspielerische Fähigkeiten, die kurzzeitig das Leben im Stau versüßten. Und vor allen Dingen auch einen solchen verursachten, der durch Mithilfe der Bullen und Personalienkontrollen schnell wieder aufgelöst werden konnte. Schade! Aber es war auch schade, daß viele konsumierten und wie im Zirkus glotzten. Viele kamen lieber mit dem Fahrrad oder zu Fuß, oder stellten ihr Auto nach 10 min. ab. Sicher, es ist nicht besonders toll, im Auto zu hocken, aber bei einer Demo geht es doch auch um die Inhalte, Nicht ums Spazierengehen am Ku-Damm oder sonstwo. Und es geht auch nicht darum, sich unbemerkt auf dem Bürgersteig herumzudrücken, sondern es geht darum, auf der Straße zu sein.
Als wichtigste Nachbereitung für eine solche Aktion ist uns aufgefallen: auch hier ist eine dezentrale Orientierung in Kleingruppen notwendig. z.B.4-5 Autos gehören zusammen und überlegen sich gemeinsame Spielchen und Aktionen. Und wenn dann die Bullen kommen, suchen sie sich eben zusammen eine neue, andere Spielwiese oder Kreuzung... anstatt desorientiert auf das zu gucken, was die Spielverderber gerade anzetteln.

Und noch was zum Schluß: Von den Wahnsinns-Planungen des Verkehrsenators Haase ist fast die ganze Stadt betroffen, außer einer kleinen Sackgasse im wunderschönen Süden Berlins, am ehemaligen Grenzstreifen: Hohenzollernstr. 14b, 12307 Berlin, das ist in Lichtenrade. Einzige Attraktion sind stündlich "nach dem Rechten" schauende Zivis.

1. Strophe

Im Stau und Verkehr
sitzen wir am Straßenrand
du mit deinem Asthma
und ich UV verbrannt
Wir sind schon verseucht
bis unter die Haut
da röhrt es laut
und an uns Zwein
fährt unser Senator mit
Vollgas vorbei
Refrain:
Mein Name ist Hase und weil ich gerne rase
muß hier was geschehen, ich kanns nicht mehr sehen
Stau und Verkehr, das plane ich hierher
Mein Name ist Hase, ich liebe den Verkehr

2. Strophe

Verkehr, Stau, Ozon
Autobahn, Stadtring, Smog
4Milliarden Autos
Er plant den Autoschock
4 spurig, 10 spurig
Tempo hundertzehn
so soll es gehn
das sollen wir verstehn
meint unser Senator
alles kein Problem
Refrain:
Mein Name ist Hase.....

3. Strophe

Doch Gruppen und Inis
haben eine Plan
Wir wollen uns wehren
ob diesem Größenwahn
und in dunkler Nacht
haben wir uns drangemacht
da hat es gekracht
da haben wir gelacht
da hat er die Rechnung
wohl ohne uns gemacht
Refrain:
Mein Name ist Hase....

4.Strophe

Da hatte der Stadtring
prompt ein Riesenloch
und nur unsre Brücke
erkannten wir noch
Da fuhr der Senator
glatt aus seiner Haut
da scheppert es laut
und hergeschaut
hat unser Senator nen Unfall gebaut
Refrain:
Sein Name war Hase
er wußte von nichts
ist hier was geschehen
wir haben nichts gesehen
nur Gras und Klee und im Winter viel Schnee
sein Name war Hase
er wußte nicht Bescheid

(neues Volxlied, die irreführende falsche Rechtschreibung des im Lied genannten Haase ist auf den Originaltext zurückzuführen.Das Original, ein langjähriger Hitparaden-Top, stammt wahrscheinlich eindeutig aus der Flora und Fauna vergangener Zeit.)

Liebe Leute von 'Klasse gegen Klasse'

Ich möche Euch nur kurz auf Euer Schreiben antworten, weil ich Eure politischen Vorstellungen falsch finde.
Ihr nennt Eure Aktion selbst Drohbriefaktion. Ihr setzt damit auf Angst und Ausgrenzung. Ich habe andere Erfahrungen gemacht. In den letzten Jahren war eine Bewegung immer dann stark (egal in welchem Bereich), wenn sie Ausdruck von Solidarität, Einheit und auch der Akzeptanz unterschiedlicher Bedürfnisse war. Das könnt Ihr übrigens auch bei den alten Klassikern nachlesen, die ich auch sehr schätze. Das ist eine Grunderfahrung aller Befreiungsbewegungen, die mehr praktische Erfahrung haben, als wir alle zusammen. Das nur kurz vorweggesagt.
Ich schreibe Euch mal kurz auf, wann ich meinen Hut vor Euch ziehen würde:
Ich fände es toll in Kreuzberg eine 'Bewegung' hinzukriegen, die die schönen neurenovierten Dachgeschoßwohungen besetzen würde. Menschen sich den Wohnraum nehmen, die ihn brauchen, und das breit und nicht vereinzelt, verbunden mit einer Stadtteildiskussion, daß es nicht so einfach ist, gleich zu räumen. Als zweiter Schritt käme dann das Verhalten der anderen legalen Dachgeschoßmieter und der Ladenbesitzer usw. Dann ist deren Solidarität gefragt. Wie sich das darstellen kann, kann man nicht vorher bestimmen und sich ausdenken.
So ist das immer gelaufen. Anfang der 80 iger Jahre gab es über 160 besetzte Häuser hier in Berlin. Aber wir waren deshalb so stark, weil sich Tausende mit uns solidarisiert haben. Wenn Ihr mal Eure Nase in ein paar alte Broschüren stecken würdet, köntet Ihr das nachlesen. Da gab es innerhalb weniger Wochen mehrmals Demos hier in Berlin mit 10 000 Leuten, mit ganz vielen Mittelständlern, die ganz anders gelebt haben als wir. Von denen mußten wir uns nicht krampfhaft abgrenzen, sondern die Verhältnisse klärten sich ganz praktisch im Alltag. Wer erstattet Anzeige, wenn bei Aldi geplündert wird, wer versorgt uns mit Geschirr, Möbeln und Lebnsmitteln, wer stellt seine Wohnung für Nachtwachen zur Verfügung, wegen des Telefons, wer geht mit uns auf ne Demo usw.
Das hört sich weit weg an, im Grunde wird in Hamburg zur Unterstützung der Hafenstrasse das gleiche versucht. Mit einer Mobilisierung im gesamten Stadtteil St. Pauli soll die Umstrukturierung des Stadtteils und die Räumung der Hafenstrasse verhindert werden. Das dazu.
Ihr werft anderen Egoismus vor, aber was Ihr aufgeschrieben habt, strotzt nur so davon, sich auf den eigenen Bauch zu gucken. Es ist schon blamabel, wenn Ihr Eure eigenen Aktionen hinblättert. Quantität und militante Aktionsform sagen noch nichts über den politischen Gehalt einer Aktion aus. Daß es Euch wirklich um eine Auseinandersetzung geht, mag ich Euch gar nicht glauben. Das wird schon daran

deutlich, wie Ihr Euch an die Interim wendet. In der Szene ist sie eben doch noch zu wichtig, als daß Ihr an ihr vorbeikommt. Ihr denkt in Szenemachtstrukturen, es geht nicht um eine Auseinandersetzung, die für alle was bringt. Dann noch die kurze Anpisse am Schluß. Die Interim erscheint seit dem 1. Mai 1988 mit völliger Regelmäßigkeit, bei allen Hochs und Tiefs der Bewegung. Bei einer Tendenz, daß die meisten Initiativen nach 1, 2, 3 Jahren einschlafen ist das schon beachtlich. Mir gefällt auch vieles nicht, was in der Interim steht, so ist das nun mal bei Zeitungen, die auch immer nur ein Spiegel der realen Verhältnisse in der Szene sind.
Euch fehlt offensichtlich völlig das Bewußtsein, daß die Existenz der Interim manchen Bonzen und noch anderen Herren sicher sehr gegen den Strich geht. Die meisten Sachen, Aktionen, militanten Anschläge, Diskussionen und auch Euer Papier würden fast niemanden mehr erreichen, ohne die Interim.
Eure Kugel an gerd Nowakowski empfindet Ihr selbst sicher eher als Slapstick, für ihn selbst war das sicher nicht so lustig. Wenn man es eh nicht ernst meint, sollte man/frau es lassen, andere in unkalkulierbare Ängste zu versetzten.
Ich finde an Euch auffällig, daß Ihr vollmundig erstmal bei den 'Schwächsten' anfangt.
Warum sind es nicht die Dealer, die Zocker, die sich in Kreuzberg immer fetter machen? Warum lasen die Euch so gleichgültig? Damit meine ich nicht die erarbeiteten Daimler vom türkischen Gemüsehändler. Warum gibt es von Euch keine Drohbriefe gegen immer sexistischere Anmache in Kreuzberg, abends auf der Strasse, in den Kneipen, eben nicht nur den Schicki-Kneipen usw.?

Denkt mal etwas mehr über Euch nach, welchen Frust Ihr wann wo abreagieren wollt!

Rheyno Berlin

SOFORTIGE FREILASSUNG VON JÜRGEN!

Am Freitag, den 16.07.93 fand in Hungen-Inheiden, bei Gießen (Nordhessen), ein Konzert statt, das von der antifaschistischen Jugend des Ortes organisiert wurde. Mit dieser Veranstaltung wollten die OrganisatorInnen ein Zeichen gegen den wachsenden Rechtsradikalismus und die vorhandene AusländerInnenfeindlichkeit in ihrer Region setzen. In den vergangenen Monaten kam es in dieser Gegend wiederholt zu Angriffen und Anschlägen gegen AusländerInnen und Andersdenkende.

Region Hungen als Neonazihochburg

Am 08.12.92 durchsuchte die Polizei 8 Wohnungen von Rechtsradikalen in verschiedenen Hungener Stadtteilen und nahm dabei 8 Personen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren fest. Sichergestellt wurden unter anderm Waffen und Propagandamaterial der jetzt inzwischen verbotenen **Nationalistischen Front (NF)**. Als Rädelsführer der Gruppe gilt ein 19jähriger, der bereits Anfang Dezember festgenommen wurde. Er gestand, am 18.11.92 fünf scharfe Schüsse auf das Hungener Flüchtlingsheim abgefeuert zu haben. In den Monaten davor wurde eine jüdische Gedenkstätte verwüstet und ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt. Überhaupt ist zu bemerken, daß es in der Region Hungen in den letzten Monaten verstärkt zu rechtsextremistischen Aktivitäten gekommen ist, bis hin zum öffentlichen Auftreten einer Wehrsportgruppe. Ferner fanden in den letzten Jahren in Hungen-Inheiden diverse Treffen von rechtsradikalen Organisationen statt. Diese konnten sich in der Gaststätte "Zum Hindenburg" versammeln.
Aus diesen und anderen Gründen war die Veranstaltung in Inheiden vom 16.7. ein wichtiger und nötiger Schritt in die Richtung antifaschistischer Organisierung und Selbsthilfe couragierter Menschen. Wie wichtig vielen Menschen in dieser Region eine Veranstaltung zu diesem Thema war, läßt sich an der großen Resonanz und guten Stimmung von 400 (vierhundert!) BesucherInnen ersehen. Entgegen den Behauptungen der Polizei gingen von dem Konzert keine Provokationen aus.

Bereits im Vorfeld des Konzertes kam es wie befürchtet zu massiven Drohungen der Neonazis, das "Antifa-Konzert" zu überfallen. Aus diesem Grund waren einige der anwesenden KonzertbesucherInnen, für den Fall eines Angriffes, zum Selbstschutz bereit.
Im Verlauf des ganzen Abends versuchten Neonazis abreisende KonzertbesucherInnen anzugreifen. Sie benutzten eine Grillfete von SchülerInnen als Treffpunkt und konnten von dort aus ungehindert und bewaffnet losziehen. In einem Fall wurden dabei die beiden stadtbekannten Faschisten Schneiderbauer und Reitz, mit Knüppeln bewaffnet, in unmittelbarer Nähe der Halle angetroffen, entwaffnet und vertrieben. Tassilo Schneiderbauer aus Hungen-Utphe gehört zu der Gruppe, die im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Hungener Asylbewerberheim festgenommen wurden (siehe oben). Die Behauptungen von Polizei und lokaler Presse, es habe sich um "unbeteiligte Passanten" gehandelt, ist eine Lüge und dient nur dazu, die antifaschistische Gegenwehr an diesem Abend zu verleumden.

Lange nach dem Ende der Veranstaltung kam es unerwartet zu einem brutalen Einsatz der Polizei gegen die noch vor der Halle anwesenden KonzertbesucherInnen.

Willkürlich wurden zwei Personen festgenommen.

Mit gezogenen Pistolen, Schlagstöcken und Reizgas, sowie dem Einsatz eines Diensthundes wurde gegen die Menschenmenge vorgegangen.
Nach der Festnahme wurde Jürgen körperlich mißhandelt und dem zweiten, mittlerweile Entlassenen, wurden wichtige Medikamente weggenommen und für längere Zeit verweigert.
Beide Festgenommenen wurden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt. Vorwürfe: Schwerer Landfriedensbruch, schwerer gemeinschaftlicher Raub, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Bildung bewaffneter Haufen(!).
Beiden wurde der Kontakt zu ihren Anwälten verweigert. Durch gezielte Falschinformation und Verschleppungstaktik (Ein Anwalt wurde über mehrere Stunden durch die Gegend geschickt) wurde verhindert, daß die beiden Rechtsanwälte an der Vorführung beim Haftrichter teilnehmen konnten.

Dieser erließ Haftbefehl mit der Begründung, es bestehe "Verdunkelungsgefahr", da die Beiden angeblich Mitglieder einer vom Haftrichter nicht näher beschriebenen "radikalen politischen Gruppe" sein sollen, die bei Freilassung Druck auf die "Zeugen", sprich die Neonazis, ausüben könnten.
Nach 11 Tagen wurde der Haftbefehl gegen einen Antifaschisten aufgrund einer Haftbeschwerde aufgehoben und er aus der Untersuchungshaft entlassen.

Unser Freund und Genosse Jürgen sitzt aber weiter in Haft!

Seine Haftbeschwerde wurde nach 19 Tagen abgewiesen, obwohl der Haftgrund "Verdunkelungsgefahr" ebenfalls wegfällt. Schnell wurde ein neuer Haftgrund aus dem Hut gezaubert, der nun auf "Fluchtgefahr aus dem zu erwartenden Strafmaß" und auf "fehlende persönliche Bindungen" lautet!

Mit dieser Methode versucht die Justiz den antifaschistischen Widerstand in eine "radikale politische Gruppe" umzukonstruieren, die angeblich unbeteiligte Jugendliche überfällt und beraubt, um anschließend eine Straßenschlacht mit der Polizei zu inszenieren.

Dieses Vorgehen sehen wir als Glied einer Kette langjähriger Verfolgung und Kriminalisierung antifaschistischen Widerstandes!

Wir fordern die sofortige Freilassung von Jürgen und die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen!

Organisiert die Antifaschistische Selbsthilfe

Wir rufen dazu auf, beim zuständigen Haftrichter gegen die Inhaftierung zu protestieren:
Richter Hössl, Amtsgericht Nidda, 63667 Nidda
Tel. 06043/800324, FAX 06043/800329

Schreibt Jürgen!
Briefe, Karten, etc. an ihn schickt ins Cafe EXZESS, c/o Soligruppe, Leipzigerstr.91, 60487 Frankfurt.
Wir leiten die Post an Jürgen weiter.

Spendenaufruf zur Finanzierung der Unterstützungsarbeit:
M.St., Konto-Nr. 304801372, "Anna Schie", BLZ 50050201, Sparkasse 1822 Frankfurt, Verwendungszweck: Prozesse

V.i.S.d.P.: Ray und Dave Davis, Josef Voigt-Str.88 35745 Herborn

Auch sie entscheiden über Leben und Tod!

Die abgebildeten Berliner Bundestagsabgeordneten stimmten für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Art.16). Fünf von ihnen auch für das Abtreibungsverbot bzw. die Verschärfung des § 218.

Die Herrschenden maßen sich immer wieder an, über Leben und Tod zu entscheiden,- auch indem sie versuchen, die Politik der Abschottung mit allen Mitteln durchzudrücken - aufgenommen werden nur so viele Immigrantinnen, wie es den kapitalistischen Verwertungs - interessen entspricht.
Von den zehn Millionen Frauen, die weltweit auf der Flucht sind, erreichen nur die wenigsten europäischen Boden.
Frauenspezifische Fluchtgründe werden jetzt erst recht für Null und Nichtig erklärt. Die Abschaffung des Asylrechts zwingt flüchtende Frauen und Männer in Internierungslager und/oder in die Illegalität.
Die Lebensbedingungen von Flüchtlingsfrauen und Immigrantinnen in der BRD sind von permanenten rassistischen und sexistischen Angriffen geprägt.

Verantwortlich für die Massenverelendung und die daraus resultierenden weltweiten Flüchtlingsbewegungen ist die Ausplünderung von Afrika, Asien, Süd-, Mittelamerika und Osteuropa durch die reichen imperialistischen Staaten.
Sie propagieren und praktizieren Zwangs- und Massensterilisationen gegen die Frauen im Trikont - Wenn sie vom "Schutz des ungeborenen Lebens" sprechen, meinen sie nur das der Weißen und Nichtbehinderten.
Während in der BRD weiße deutsche Frauen durch den neuen §218 in die Position der Gebärerin einer weißen deutschen Nation gezwungen werden sollen, wird bei Migrantinnen und nicht- weißen deutschen Frauen Abtreibung und Sterilisation weiterhin gefördert und praktiziert.

Die über zwei Jahre geführte sogenannte "Asyldebatte"mobilisierte alles, was es an reaktionärem Gedankengut in großen Teilen der deutschen Bevölkerung gibt. Diese"Debatte"bereitete überhaupt erst den Boden für die faschistischen und rassistischen Angriffe auf Frauen und Männer aus anderen Ländern und/oder "anderer" Hautfarbe.

Die Opfer dieser Angriffe zu TäterInnen zu erklären, ermöglichte es den politisch Verantwortlichen, die schnelle Abschaffung des Asylrechts durchzuziehen.

Wir zweifeln mit Brecht an dem Verantwortungsgefühl von StaatsmännerInnen, Generälen und ParlamentarierInnen, die, nur weil sie dazu benötigt werden, Schlächtereien zu o r g a n i s i e r e n, selbst nicht die Zeit und Muße finden, sich an diesen (von Solingen bis Mogadishu) persönlich zu beteiligen.

Wir wollen einen kleinen Beitrag leisten, einige der politisch Verantwortlichen in Berlin aus ihrer gemütlichen Anonymität zu holen.
Unter dem Motto "Die BrandstifterInnen wohnen h i e r" besuchten wir in der Nacht vom 18. zum 19. August 93 einige von ihnen und hinterließen -je nach den gegebenen Möglichkeiten- farbige Unannehmlichkeiten, platte Autos und andere Zeichen unsrer Wut.

**Wir sind nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist,
auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als wir.
Wir sind nicht frei, solange noch ein einziger farbiger Mensch
in Ketten liegt.
Und solange seid Ihr auch nicht frei! (Audre Lorde)**

**Für die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen !
Keine Mauer um BRD und Europa !
Grenzen auf ! Bleiberecht für alle !**

Auch sie entscheiden über Leben und Tod!

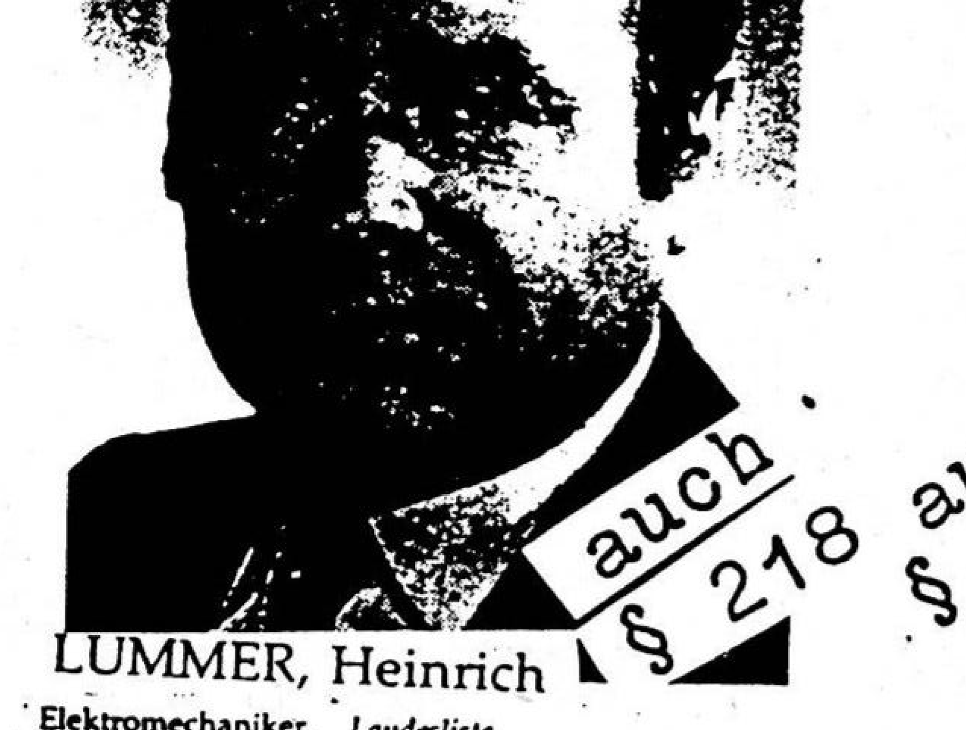
Die hier abgebildeten Berliner Bundestagsabgeordneten stimmten für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Art.16). Fünf von ihnen auch für das Abtreibungsverbot bzw. die Verschärfung des § 218.



Dr. SCHOLZ, Rupert
Hochschullehrer,
Bundesminister a. D. CDU

Seit 1983 Mitglied der CDU. 1985 bis 1988 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1981 bis 1988 Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten in Berlin.

Mitglied des Bundestages seit 1990. 18. Mai 1988 bis 21. April 1990 Bundesminister der Verteidigung.



LUMMER, Heinrich
Elektromechaniker, Landesliste
Diplompolitologe CDU

Mitglied der CDU seit 1953. Vorsitzender eines Ortsverbandes. 1967 bis 1986 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1969 bis 1980 Fraktionsvorsitzender, 1980 bis 1981 Parlamentspräsident. 1981 bis 1986 Bürgermeister von Berlin und Senator für Inneres.

Mitglied des Bundestages seit 1987.



Dr. PFENNIG, Gero
Rechtsanwalt und Notar CDU

Mitglied des Bundestages vom 24. Februar 1977 bis 1980 und seit 2. Dezember 1985. In der 10. Wahlperiode Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und in der Versammlung der Westeuropäischen Union. Seit der 11. Wahlperiode Vorsitzender des Petitionsausschusses.



BUWITT, Dankward
Kaufmann CDU

April 1975 bis 1991 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1984 bis 1989 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1989 bis 1991 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Mitglied des Bundestages seit 1990.



SKOWRON, Werner H.
Bankkaufmann, Ökonom,
Diplom-Finanzwirtschaftler
Berlin Landesliste CDU

Staatssekretär; geschäftsführender Minister a. D.

Mitglied des Bundestages seit 1990.

FEILCKE, Jochen CDU
Verbandsreferent

1971 bis 1975 Bezirksverordneter in Schöneberg, 1975 bis 1983 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1981 bis 1983 Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU und des Ältestenrates.

Mitglied des Bundestages seit 1983.

auch § 218

Dr. NEULING, Christian
Kaufmann CDU

1977 bis 1989 Landesvorsitzender der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung Berlin. 1979 bis 1987 Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin, 1984 bis 1987 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Mitglied des Bundestages seit 1987.



Dr. MAHLO, Dietrich CDU
Rechtsanwalt und Notar

1964 bis 1968 Kulturattaché an der Botschaft Rangun (Birma); Legationsrat. ...

Kreisvorsitzender der CDU Berlin-Wilmersdorf: 1979 bis 1988 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Mitglied des Bundestages seit 9. Dezember 1987.

GIBTNER, Horst Landesliste
Diplom-Ingenieur CDU

12. April bis 2. Oktober 1990 Minister für Verkehr der DDR.

Mitglied des Bundestages seit 1990.



Dr. BERGMANN-POHL, Sabine
Landesliste CDU Ärztin, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990; 3. Oktober 1990 bis 18. Januar 1991 Bundesministerin für besondere Aufgaben. Seit 25. Januar 1991 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit.



CDU
WIECHATZEK, Gabriele, Lehrerin
Seit 1975 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1983 bis 1989 Vizepräsidentin, 1989 bis 1990 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU.
Mitglied des Bundestages seit 1990.



Dr. rer. nat. RÖHL, Klaus
Diplomchemiker
Landesliste **FDP**
Seit Mai 1990 Stadtverordneter von Berlin, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP der Stadtverordnetenversammlung von Berlin.
Mitglied des Bundestages seit 1990.



LÜDER, Wolfgang *Landesliste* **FDP**
Rechtsanwalt
1975 bis 1981 Senator für Wirtschaft (später für Wirtschaft und Verkehr), 1976 bis 1981 zusätzlich Bürgermeister von Berlin. 1979 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederlegung des Mandats nach Wiederwahl in den Senat.
Mitglied des Bundestages seit 1987.



Dr. DIEDERICH (Berlin), Nils
Diplomvolkswirt,
Universitätsprofessor **SPD**
Mitglied des Bundestages von 1976 bis 1987 und seit 12. Mai 1989.



THIERSE, Wolfgang
Kulturwissenschaftler/
Germanist **SPD**
Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Dr. VOGEL, Hans-Jochen
Rechtsanwalt *Landesliste* **SPD**
1981 Regierender Bürgermeister von Berlin; sodann Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.
Mitglied des Bundestages von 1972 bis 28. Januar 1981 und seit 1983. 15. Dezember 1972 bis 16. Mai 1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; 16. Mai 1974 bis 22. Januar 1981 Bundesminister der Justiz. März 1983 bis November 1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag.



WARTENBERG (Berlin), Gerd
Redakteur *Landesliste* **SPD**
1975 bis 1980 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, baupolitischer Sprecher, 1979 bis 1980 stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Berlin.
Mitglied des Bundestages seit 1980.



SCHEFFLER, Siegfried **SPD**
Straßenbauer, Diplom-Ingenieur
Mitglied des Bundestages seit 1990.



KITTELMANN, Peter **CDU**
Rechtsanwalt
März bis Juli 1971 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.
Mitglied des Bundestages seit 1976. Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und zugleich Vertreter in der Versammlung der Westeuropäischen Union. Landesgruppenvorsitzender der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten; Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa und außenwirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.



Landesliste **SPD**
BARBE, Angelika seit September 1990 Mitglied des Vorstandes der SPD (Präsidium); Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990, Vorsitzende des Ausschusses Frauen und Familie.
Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990.

von

Gruppen aus dem antirassistischen, internationalistischen,

feministischen und lesbischen Widerstand

Anschlag auf das Eigentum des Landtagsabgeordneten der Republikaner:

Schaals Autos brannten lichterloh

Staatsanwaltschaft hat keine Hinweise auf Täter

Unbekannte legen Fahrzeuge des Tübinger Republikaner-Abgeordneten Schaal in Schutt und Asche

Politische Motive nicht auszuschließen

Tübingen. (ric) Durch einen Brandanschlag in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch sind drei Fahrzeuge des Tübinger Landtagsabgeordneten der Republikaner, Karl-August Schaal, vor seinem Haus in Tübingen-Pfrondorf angezündet worden, zwei der drei Autos, ein Daimler sowie ein Wohnmobil, wurden durch die Flammen vollständig zerstört. Die Polizei beziffert den Schaden auf 50000 Mark. Was die Brandstifter angeht, so tappt die Polizei noch im dunkeln, ebenso ungeklärt ist, womit die drei Fahrzeuge in Flammen gesetzt wurden. Die Staatsanwaltschaft Tübingen setzt für Hinweise zur Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark aus.

Nach Schaals Aussagen haben Nachbarn gegen 2.30 Uhr das Feuer entdeckt. Der Versuch, die Flammen der lichterloh brennenden Fahrzeuge mit Feuerlöschern zu ersticken, schlug fehl. Die rasch am Brandort eintreffende Pfrondorfer Feuerwehr verhinderte das Übergreifen des Brandes auf die Tannen im Vorgarten und auf das Holzhaus des Landtagsabgeordneten.

Der Tübinger Abgeordnete sieht in dem Anschlag durchaus System: Nach Schwalldorf und Dußlingen, wo nach einem Republikaner-Treffen Schützenhäuser beschädigt beziehungsweise zerstört worden waren, nach dem hohen Glasschaden und Wandschmierereien an der Schönbuchhalle in Pfrondorf (wo eigentlich ein »Republikanerfest« geplant, dann aber von der Stadt untersagt worden war) hätten die »Wiederholungstäter mit linksextremistischem Hintergrund« auch nicht davor zurückgeschreckt, Feuer vor seinem Haus zu legen.

Und die Formulierung, »daß man spätestens nach Mölln wissen muß, was bei einer Brandstiftung passieren kann«, geht dem Republikaner Schaal leicht von den Lippen. Er sehe sich, was die Täter angehe, im übrigen durch den jüngsten Verfassungsschutzbericht bestätigt, der die drei vorangegangenen Anschläge auch in einen Zusammenhang bringe.

Fraktion und Landesverband der Republikaner haben gestern postwendend auf den Anschlag reagiert. In einer Mitteilung wird Ministerpräsident Erwin Teufel aufgefordert, »seinen Innenminister zur Mäßigung zu ermahnen und ihn über dessen Staatsverständnis zu befragen«. Die Republikaner halten Frieder Birzele nämlich vor, ihre Partei zu »geistigen Brandstiftern« erklärt, auf der anderen Seite bereits im vergangenen Jahr verkündet zu haben, »verdeckte Ermittler aus einer linken gewaltbereiten Politszene, über deren Struktur keine sicheren Erkenntnisse vorliegen, abzuziehen«.

Belohnung von 5 000 Mark ausgesetzt





K.-A. Schaal

WE WANT YOU



MACH MIT IN DER ★ ANTIFA ★ JUGENDFRONT

SS-Kameraden machen weiter

Die SS-Nachfolgeorganisation HIAG hat sich erst kürzlich selbst aufgelöst.
Endlich! Die BRD hatte es unterlassen, ihrem Grundgesetz gemäß, die Tätigkeit dieser Faschisten zu unterbinden und hatte ihnen statt dessen "gemeinnützigkeit" zuerkannt.

Als »Kameradenwerk der ehemaligen Waffen-SS« machen einige aus dem Kreis der Verbrechertruppe weiter. Mit einer Geschäftstelle in Marl und Versand von einem »Buchdienst Witten« (dahinter steht das Mitglied der »Unabhängigen Freundeskereise« Friedhelm Kathagen mit seinem ehemaligen »Naturpolitischen Verlag Witten«) betreiben sie Volksverhetzung, Revanchismus und Kriegshetze.
In ihrem Rundbrief »Leitheft« stehen neben der Verherrlichung der Kriegsverbrecher aus den eigenen Reihen deutliche Zitate:
„... kam es nach der nationalen Erhebung des Deutschen Volkes aus den Fesseln und Ketten von Versailles ... Am 13.März 1939 gaben 99.75% unserer Wahlberechtigten österreichischen Brüder und Schwestern ihre Ja-Stimme für das DEUTSCHE REICH, unser Großdeutschland, ..."
schreibt ein Fritz Becker über die Annektion Österreichs durch das faschistische Deutschland.
Mit „freundl. Genehmigung des Witikobriefes München" wird ein revanchistischer Artikel über die »Sudetendeutschen« nachgedruckt.
In einem nachgedruckten Artikel des »Eckartboten« beklagt Dr.Josef Derx die Befreiung Sloweniens von der faschistischen Besatzung. Die sechs Jahre von 1939 bis 1945 hätten „den Slowaken vieles von dem, wonach sie sich immer schon gesehnt hatten" gebracht.
Und der NPD-Mann Gerd Knabe schreibt über den Geburtstag von Königin Luise.

Interessanter wird es noch in anderen mitverschickten Schriften:
Im Begleitbrief wird zur „Abwahl des Bonner Systems im kommenden Jahr" aufgerufen und zur „Zusammenfassung des patriotischen Lagers" um das „deutschfeindliche Bonner System zu kippen". Antisemitismus und Volksverhetzung gibt es in einer Broschüre zu »EG-Maastricht Hintergrund und Ziel« : Für den Autor (Dr.H.P.) steht fest, „daß schon damals (bei der Verfassung des Grundgesetzes, J.L.) geheime Mächte den Selbstmord der Deutschen von langer Hand vorbereiteten". Interessant wer in diesem Sinne alles zustimmend zitiert wird: Die rassistischen ProfessorInnen Ilse Schwidetzky und Robert Hepp, die Zeitschrift »Code« und der *Informationsdienst* »NID«.
Mit gleichem Inhalt befasst sich auch Ulrich Haberer in einer Broschüre über die »Umerziehung«. Diese sei „unentbehrliches Hilfsmittel" für das Erzwingen einer „Eine-Welt-Regierung unter der Kontrolle der Zionisten und der zionistisch ausgerichteten internationalen Bankiers". Die „Umerziehung" solle „insbesondere die Deutschen" treffen. Und dies weil sich Hitler „entschieden gegen Völkermatsch und internationalistische Unterdrückung" gewehrt hatte. „Er wollte vor allem ein gesundes Volk und dachte damit über den Tag hinaus weit in die Zukunft." Und die Nürnberger (Rasse-) Gesetze waren eine lebenswichtige Gegenmaßnahme zum Weltherrschaftsanspruch der 'jüdischen Rasse'".

(...)

Mit antifaschistischen Grüßen

"THE TRUTH LIES IN ROSTOCK!"

Am 21. August 1992, kurz nach dem Rudolf-Hess-Gedaechtnismarsch von ca. 2000 Nazis in Rudolstadt, eskalierten die Pogrome in der Hansestadt Rostock. Bereits die Augustausgabe der NF-Zeitung AUFBRUCH erschien mit dem Titel "Come together in Rostock". Die Faschos benutzten den Wunsiedelaufmarsch zur Mobilisierung...

Im Rahmen der diesjaehrigen Wunsiedelaktivitaeten hatte ein englischer Fernsehfilm auf Antifawochen in Bayern und im Vogtland Premiere, der Ablauf und Hintergruende der Rostocker Pogrome aus Sicht von Beteiligten und Opfern schildert. Der vor einer Woche im Channel 4 gesendete 78-minuetige Film "The Truth lies in Rostock!" ist das Ergebnis einer 6-monatigen Recherche einer englischen und einer Rostocker Filminitiative in Kooperation mit oertlichen Antifa-Gruppen und vietnamesischen BewohnerInnen des angegriffenen Gebaeudekomplexes in Lichtenhagen.

Der Film versucht ein Bild zu vermitteln, in welchem gesellschaftlichen Umfeld alltaeglicher rassistischer Uebergriffe die Pogrome entstehen konnten und verdeutlicht auch in einer Reihe von Interviews, welche Drahtzieher und Hintermaenner am Werke waren und nach wie vor sind.


FAP-„Gauleiter“ Thorsten Heise verhandelt mit der Fuldaer Polizei – offenbar erfolgreich. *Foto: R. S. Orge*

Hallo Leute,

der R. Hess–Gedenkmarsch konnte ja nun doch nicht verhindert werden; aber entgegen dem was die Medien dazu sagen hat die Antifa mit dem verlauf eine Menge zu tun. Deshalb mal ein Bericht des Ablaufs.

Das die Nazis auf Bischoferode mobilisieren war schon Fr. Abend durch die "Nationalen Infotelephone" bekannt. Da für uns Antifas die fatale Wirkung einer Verbindung soziale Vereilendung mit "Unsere letzte Hoffnung A. Hitler" (oder so) klar war mobilisierten wir sofort dorthin, nahen gleichzeitig Kontakt mit der Werksleitung der Kalikumpel auf. (Die waren schon 2. Tage vorher von der Polizei informiert worden) Leider waer von denen auch keine positive Aussage zu unseren Gunsten zu erreichen. (Ob daran wohl auch die Polizei schuld ist oder die introvertiertheit der ANTIFA lass ich mal dahingestellt.) Wir fuhren trotzdem erstmal in die Richtung. Schon unterwegst erreichte uns die Nachricht, daß Christian Worch, da Bischoferode komplett dicht war eine Demo in Duderstadt angesagt hat. Da wir gerade in der Nähe waren besetzten wir also den Ort und machten selbst eine Demo. Damit uns nichts passiert wurden wir von einigen Wannen, Beobachtungs und Truppentransport–Hubschraubern begleitet. Da die Farbe Grün bald so dominant wurde, daß sie in den Augen wehtat hüpfeten wir kurz in die Busse und ließen alles stehn und liegen. Wir selbst warteten die weitere Entwicklung auf einem Parkplatz in der Umgebung ab.
Als klar wurde, daß sich die Nazis auf der Raststätte "Kassel" versammeln wurde Kurs auf diese genommen. Der NAZI–Konvoi setzte sich inzwischen Richtung Fulda ab. Wir inzischen ca. 800 Personen hinterher. Kurz vor Fulda wurden unsere Fahrzeuge durch die Polizei ausgebremst. Das geschah so ungeschickt, daß mehrere unbeteiligte Fahrzeuge ineinander fuhren. Die Abfahrt Fulda war von der Polizei gesperrt, um die ANTIFA–Demo zu verhindern, welche ihr Ziel ansonsten noch wärend des Naziaufmarsches erreicht hätte und diesen mit sicherheit auch beendet hätte. Durch das eingreifen der Polizei wurde das jedoch verhindert.

Ob mensch bei dem Verhalten der Polizei von Dummheit, Unfähigkeit oder politischer Absicht ausgeht bleibt jedem selber überlassen, lächlich gemacht hat sie sich durch ihre Behauptungen auf jeden Fall.

Was jetzt folgen muß ist eine Analyse der Antifa über den Verlauf der Aktion, das Verhlten und die Strategie der Faschos und das der Bullen.

VIVA LA REVOLUTION

tschau ein/e GenossIn aus NRW

GEGEN DAS VERGESSEN

Seit dem Mord an Kerstin Winter am 22. Januar '93 sind mittlerweile mehr als sechs Monate vergangen. Nachdem Polizei, Staatsanwaltschaft und die Medien sich in den ersten Wochen darin überboten haben, der Öffentlichkeit alle möglichen - z.T. absurden - Motive, Hintergründe und Täter zu präsentieren, ist für die Polizei mit der Verhaftung eines Ex-Freundes von Kerstin am 10.3.93 der Fall abgeschlossen. Vermutlich noch im Herbst soll ihm der Prozeß gemacht werden, um ihn "in Sicherheitverwahrung nehmen" zu lassen.
Für uns hat sich jedoch noch lange nichts erledigt. Dafür haben wir zuviele Fragen und Zweifel sowie Kritik an den Ermittlungsbehörden und der Presse. Auf die Praktiken und Methoden der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft sowie auf die Rolle der Medien werden wir noch ausführlich eingehen.

Die anfangs in der Öffentlichkeit vertretene Annahme, daß für den Mord Faschisten verantwortlich sind, ist von verschiedenen Seiten z.T. heftig kritisiert und entschieden in Frage gestellt worden.
Wir haben den Fehler gemacht, andere in der Gesellschaft herrschende Gewaltverhältnisse nicht genügend beachtet zu haben. Faschistischer Terror ist nur ein Teil alltäglich ausgeübter Gewalt. Andere Formen der Gewalt sind schon so alltäglich, daß sie in politischen Gruppen, in denen Frauen und Männer zusammenarbeiten, nicht ausreichend aufgegriffen und in die entsprechenden Zusammenhänge gestellt werden.

DIESER ANSCHLAG GALT EINER FRAU.

Täter sind Männer.
Offene gewalttätige Angriffe von Männern auf Frauen sind nur die Spitze des Eisbergs; sie werden begangen, toleriert, akzeptiert - als ob dies ein "naturgemäßer Normalzustand" sei und kein notwendigerweise zu veränderndes Macht- und Unterdrückungsverhältnis.
Gewalt gegen Frauen richtet sich nicht "nur" gegen diejenigen Frauen, die sich den Spielregeln dieser patriarchalen Gesellschaft in welcher Form auch immer widersetzen, sondern gegen alle Frauen. Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch an Mädchen und Gewalt in der Ehe sind kein neues Phänomen. Der große Unbekannte als Täter ist eher die Ausnahme. In der Regel werden Frauen von ihren Vätern, Ehemännern, sonstigen männlichen Verwandten, Lebensgefährten, Bekannten, Freunden oder Ex-Freunden sexuell mißbraucht und ermordet.

31.1.93 Leipzig. Frau 32, mit Schlag gegen den Kehlkopf getötet, Täter: ein Bekannter
1.2.93 Villingen Schwenningen. Frau 28, erschossen und 3 Wochen in einem Umzugskarton gelagert, Täter: Ehemann
2.2.93 Karlsruhe. Koreanerin 25,erdrosselt, Täter: Ehemann
6/7.2.93 Augsburg. Frau 55, im Schlaf erstochen, Täter: Sohn
7.2.93 Montabaur. Frau 27, mit Bajonett erstochen, Täter: Ex-Freund
7.2.93 Frankenberg, Frau 25, nach Streit erwürgt, Täter: ihr Freund
9.2.93 Bad Dürrheim, Frau 72 nach Streit erstochen, Täter: Ehemann
10.2.93 Bamberg, Frau 38 und ihre Mutter 71 nach Streit erstochen, Täter: Ehemann
11.2.93 Kassel, Frau 31, die Kehle durchgeschnitten Täter: Ehemann
12/13.2.93 Langen, Frau 37, in ihrer Wohnung erdrosselt, Täter: 2 Männer
13.2.93. Fulda, Sekretärin 22, mit Schlachtermesser erstochen, Täter: Ex-Lebensgefährte
14.2.93 Lichtenrade, Frau 26, im Streit erwürgt, Täter: Ehemann,
16.2.93 Frankfurt, Frau 49, mit Gehstock erschlagen, Täter: Ehemann
18.2.93 Mannheim, Frau 44, mit einer Schere erstochen, Täter: ihr Freund
18.2.93 Köln, Frau 55, erwürgt, Tatverdächtig: Ex-Freund ihrer Tochter
19.2.93 Düren, Krankenschwester 22, auf dem Weg zur Arbeit vergewaltigt und erwürgt, Täter: ein Patient
19.2.93 Nürnberg, Frau 55 und deren Sohn erstochen, Täter: Ehemann
19.2.93 Gifhorn, Frau 33 und ihr Sohn 11 getötet, Täter: Lebensgefährte
22.2.93 Berlin, Angestellte 54, eines Autohauses im Büro erschossen, Täter: unbekannt
22.2.93 Bad Godesberg, Kurdin 21, erwürgt,
3.3.93 Hannover, Frau 58 erdrosselt, Täter: Ehemann
8.3.93 Gauting, Frau 67, nach Familienstreit Kehle durchgeschnitten, Täter: ihr Sohn
8.3.93 Köln, Büroangestellte 25, vor ihrer Wohnungstür erschossen, tatverdächtig: Ehemann, er hatte sie nach der Scheidung mehrfach bedroht
9.3.93 Wassertrüdingen, Frau 38 aus Eifersucht erstochen, Täter: Ehemann
9.3.93 Kassel, Afghanin mit Brotmesser erstochen, tatverdächtig: ihr Bruder
11.3.93 Bayreuth, Frau 33 erwürgt, Täter: ihr Freund
11.3.93 Albbruck, Türkin 17, getötet und zerstückelt, Täter: Vater

Diese Auflistung von Morden an Frauen ist sicherlich unvollständig und bezieht sich nur auf 6 Wochen! Sie erweckt den Anschein, daß die Täter in der sogenannten Privatsphäre zu suchen sind. Das Erklärungsmodell "Einzeltäter mit persönlicher Motivation" verschleiert das zugrundeliegende allgemeine gesellschaftliche Gewaltverhältnis im Patriarchat, die Hierarchie und Herrschaft von Männern über Frauen. Gewalt gegen Frauen ist darin das Mittel zur Sicherung der Männerherrschaft. Gemeint ist nicht "nur" die einzelne Frau als Angriffsziel, sondern in der Wirkung sind alle Frauen betroffen. Mit einem Klima, in dem jede Frau potentiell Angegriffene ist, soll der Widerstand von Frauen gegen Einschüchterungs- und Disziplinierungsmaßnahmen durch sexistische Gewalt in jeder Form präventiv zerschlagen werden.
Das Private ist politisch. Sexistische Gewalt von Männern gegen Frauen kann nicht in Kategorien wie "Privatsphäre oder persönliche Beziehung" gefaßt werden. Solche Versuche sind für uns ein verschärfter Ausdruck der Entpolitisierung sozialer Verhältnisse. Diesem Zusammenhang haben wir bisher allzuwenig Bedeutung zugemessen.

Wir wollen im folgenden kurz erklären, vor welchem Hintergrund die spontane Vermutung entstanden ist, daß für den Mord Faschisten verantwortlich sind.

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Anschläge auf jüdische Friedhöfe und Einrichtungen und auch Morde an Flüchtlingen und AusländerInnen sind bundesdeutscher Alltag. Auch die faschistischen Angriffe auf Behinderte, Obdachlose, Schwule und Lesben nehmen zu. Morddrohungen, Angriffe und Morde an Linken sind keine Seltenheit.
Durch die tendenziöse, Nachrichten verschweigende Berichterstattung der Medien soll der Eindruck erweckt werden, daß es sich hierbei um ein neues Phänomen handelt. Doch faschistische Angriffe und Organisation gibt es nicht erst seit der Restauration Großdeutschlands, sondern sie haben eine ungebrochene Kontinuität seit 1945. Beispielhaft sei auf das folgende verwiesen:
- die Wiking-Jugend, die bereits in den 50iger Jahren nach dem Vorbild der Hitler-Jugend aufgebaut wurde
- die Bombenanschläge in den 70iger Jahren auf Angehörige der US-Army im Rhein-Main-Gebiet durch Manfred Roeder und "Kameraden"
- den Bombenanschlag 1980 auf das Oktoberfest
- die Ermordung des jüdischen Verlegerehepaars Levi durch die Wehrsportgruppe Hoffmann.

Das "Neue" daran ist die Alltäglichkeit rechten Terrors und die Verbesserung und Ausweitung faschistischer Organisationsstrukturen. Faschisten bewegen sich jedoch nicht in luftleerem Raum. Staatliche Hetze, rassistische Gesetzgebung, faschistische Anschläge und ein rassistischer Konsens in weiten Teilen der Bevölkerung gehören zusammen und verstärken sich gegenseitig.
Ein andere Punkt sind die "mysteriösen", unaufgeklärten Morde an Linken in letzter Zeit. Dies kann in Zusammenhang mit der von den Faschisten verstärkt propagierten "Anti-Antifa"-Kampagne gesehen werden. Ziel der "Anti-Antifa" ist es, Daten über *"... gewaltbereite Autonome, bürgerliche Antifaschisten, linke Medien oder Gegner überhaupt"* zu sammeln und auszuwerten und sich *"... auf die eine oder andere Art zu `bedanken` ..."* (Pressemitteilung der "Anti-Antifa" Bonn, September 1992).
All dies zusammen hat zu der spontanen Vermutung geführt, daß der Mord an Kerstin in Zusammenhang mit ihrer politischen Arbeit gesehen werden muß. Und es ist für uns nach wie vor eine der denkbaren Möglichkeiten, daß Faschos dafür verantwortlich sind.

ERMITTLUNGEN UND VERWIRRUNGEN

Die Tatsache, daß die deutsche Polizei und Staatsanwaltschaft rechtslastig ist, wurde uns anhand der Ermittlungen zum Mord an Kerstin Winter wieder einmal deutlich demonstriert. Die Kontinuitäten dieser Behörden vom Faschismus bis heute sind personell wie inhaltlich nachvollziehbar. Die aktuellen Beispiele dafür dürften die Enthüllungen um das Nichteingreifen der Rostocker Polizei während des Pogroms im Sommer '92 und die Mitgliedschaft verschiedenster Rechtsradikaler bei der Berliner Hilfspolizei sein.

AntifaschistInnen, FlüchtlingsunterstützerInnen, fortschrittliche und linke Menschen werden wegen Lappalien vor Gericht gestellt und verurteilt. Rassisten, Faschisten und rechtsradikale Schlägertrupps werden selbst bei Brandanschlägen, Mordversuchen und Morden immer wieder von Polizei und Justiz begünstigt, freigesprochen oder äußerst milde verurteilt, hier natürlich von wenigen spektakulären Fällen abgesehen.

In Freiburg wurde z.B. der stadtbekannte Faschist HORST LAUBIS von der Anklage der "Verabredung zu einer schweren Brandstiftung" im Flüchtlingsheim an der Hermann-Mitsch-Straße (Flughafen) bzw. wegen "versuchten Mordes" freigesprochen. Und dies, obwohl er von einem sogenannten ehemaligen Kameraden sowohl bei der Vernehmung durch die Polizei als auch im ersten Prozeß am Amtsgericht als Drahtzieher und Anstifter der rechtsradikalen Szene in Freiburg schwer belastet wurde. Die rechte Szene hat aber klar gemacht, daß sie ihren "Führer" da raushauen werde - das Schwurgericht spielte da gerne mit.
Wer Staatsanwalt Maier (einer der ermittelnden Staatsanwälte im Mordfall Kerstin Winter) kennt, weiß, an welcher Stelle sein Herz schlägt. Bei ihm werden Eierwürfe von KTS-Gegnern zur schweren Körperverletzung erhoben. Auf der anderen Seite hat er vollstes Verständnis für die persönliche Situation von einzelnen Faschisten, wie z.B. in dem Prozeß gegen Horst Laubis wegen versuchten Mordes.

Wen wundert es da, daß fast ausschließlich im Freundes- und Bekanntenkreis von Kerstin und der linken Szene ermittelt wurde. Was haben die Fragen der Polizei nach linken politischen Gruppen, ihren Treffpunkten und Aktivitäten mit dem Mord an Kerstin zu tun? Über 100 Menschen aus Freiburg und von Berlin bis Konstanz wurden bisher von der Polizei vorgeladen, um die Ermittlungen im Mordfall voranzutreiben oder besser gesagt, um die vollständige Durchleuchtung der linken Szene durch die Staatsschutzpolizei zu ermöglichen.
Es bleibt unklar, ob ein verstärktes Forschen in der faschistischen Ecke neue Erkenntnisse über den Mordhintergrund gebracht hätten. Spielt auch keine Rolle, Tatsache ist, das dies von vornherein nicht geschehen ist.

Nur wenige Tage nach dem Mord erdreisteten sich die Ermittlungsbehörden unter fadenscheiniger Begründung Kerstins Freund UK zu verhaften. Obwohl er in der Anfangsphase noch unter Schock stand, wurde UK verhört und unter Druck gesetzt. Das Wissen der Polizei um UKs Zustand ließ bei uns den Gedanken aufkommen, daß die Polizei eventuell hoffte, daß UK in der U-Haft Selbstmord begeht. Der Fall wäre für sie dann abgeschlossen gewesen. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß die Polizei jemanden gezielt in den Selbstmord getrieben hätte. Mit ähnlichen Ermittlungsmethoden sahen sich auch andere FreundInnen von Kerstin konfrontiert.
Im gesamten Verlauf der Ermittlungen läßt sich aufzeigen, daß die Polizei entweder Informationen zur Sache vorenthalten hat oder über die Presse absolute Fehleinschätzungen und Falschinformationen zur Verwirrung ausgestreut hat. Weshalb wurden z.B. die Buchstaben RIM sofort mit Revolutionary International Movement in Verbindung gebracht und der Öffentlichkeit wider besseren Wissens als wahrscheinlicher Tatzusammenhang präsentiert?
Doch nur um linke Bewegungen zu diffamieren und die Unsicherheit bei Leuten zu schüren, die über mögliche andere Zusammenhänge nachdenken. Die Verhaftung von UK aufgrund nicht haltbarer Indizien deutet abgesehen von der zuvor beschriebenen Absicht auf ein ähnliches Verwirrspiel hin.

Zitat aus der mündlichen Presseerklärung des Anwalts von UK am 30.1.93:
"...Es gibt neben dieser ganz typischen Irreführung der Öffentlichkeit weitere Ermittlungsfehler und zwar zahlreiche. Das geht von der Presseberichterstattung über die Tatsache, daß der Tatort zunächst einmal nicht abgesichert wurde, bis zu dem Punkt, wo auffällt, daß keinen Zeugen und auch keinen Nachbarn Lichtbildmappen von Neonazis vorgelegt worden sind."

Es lassen sich noch weitere Punkte in der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft nennen, die Befremden hervorrufen.
Die Tatsache, daß Kerstin desöfteren von Faschisten mit Äußerungen, wie z.B. "Wir kriegen Dich, sieh Dich vor!" bedroht wurde, haben die Ermittlungsbehörden recht wenig interessiert. Das trifft auch für den Punkt zu, daß die Bombe in mehrere Exemplare der Badischen Zeitung eingewickelt war. Ein Exemplar (BZ-Ausgabe vom 13.6.92) enthielt einen Artikel zur AZ-Initiative (Initiative für ein autonomes Jugend- und Kulturzentrum), in der Kerstin aktiv war.
Zudem befinden sich seit Freitag, dem 22.1.93 SS-Runen an der Fahrstuhltüre im Erdgeschoß des Hauses Ferdinand-Weiß-Str. 92, in dem sich Kerstins Wohnung befand.
Die schon bei der Verhaftung von UK zu beobachtende Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden und der Presse läßt sich auch bei der Verhaftung eines Ex-Freundes von Kerstin am 10.3.93 feststellen. Der Täter scheint gefunden. Die Indizien, die zur Begründung der Verhaftung vorgelegt wurden, sind dürftig.

Es läßt sich bei dem Mord an Kerstin wie auch bei Morden und Mordversuchen an AusländerInnen beobachten, daß es für die Polizei wichtige und weniger wichtige Mordopfer gibt.

An dieser Stelle wollen wir ein paar Worte über die Presse verlieren.

Daß die Berichterstattung seitens der Medien sensationsorientiert ist, ist zweifellos nichts Neues. Nach dem Tod von Kerstin fielen die verschiedenen Radio-/TV-Sender und Zeitungen über Kerstins FreundInnen und Bekannte sowie über Menschen aus der linken Szene her. Mit anfänglich geheucheltem Verständnis und Mitgefühl wurden sie über Kerstin und ihre Beziehungen zu ihr ausgefragt, was dann später in den "Blut- und Tränenstories" und Hetzartikeln endete (von taz bis Bild). Vielmehr stützte sich die Presse auf die Informationen der Polizei. Polizeiberichte werden als sachlich und objektiv dargestellt im Gegensatz zu allen anderen Stellungnahmen, die als "persönlich einseitig geprägt" hingestellt werden. Und damit als unwichtig abgetan werden.

Auch das Zusammenspiel von Presse und Polizei ist offensichtlich.
Die Medien haben sämtliche Ermittlungen seitens der Polizei aufgegriffen und weitergeführt. Angebliche Täter werden von der Presse vorverurteilt. Dies kann u.a. durch die Art und Weise der Berichterstattung gezielt betrieben werden.
So stand und steht im Fall der Verhaftung des Ex-Freundes von Kerstin dessen "psychische Krankheit" im Mittelpunkt der Zeitungsberichte. Da wird mit Begriffen wie z.B. "schwere Psychose" rumgespielt, worunter alles oder nichts vorstellbar ist. Und es ist die Rede von der "Allgemeingefährlichkeit des Tatverdächtigen" (BZ vom 13.3.93).

In der Gesellschaft existiert ein allgemeingültiges Bild von "psychisch kranken " Menschen. Zu diesem Bild gehört die Vorstellung, daß "psychisch kranke" Menschen zu allem fähig sind, daß deren Verhalten nicht zwangsläufig erklärbar und nachvollziehbar ist bzw. sein muß. Schon allein der Begriff "psychisch krank" ist zu kritisieren. Damit kann jedes Verhalten, das - wenn auch nur in geringfügigen Details - unangepaßt erscheint, also von der sogenannten gesellschaftlichen Norm abweicht, abgestempelt und diskriminiert bzw. sanktioniert werden. Fragen nach Ursachen und Auslösern sogenannten "abweichenden" Verhaltens haben in diesem gesellschaftlich allgemeingültigen Bild wenig Platz. "Psychisch kranke" Menschen werden weggeschlossen, von der Gesellschaft ferngehalten. Es sei denn, sie können wieder "gesellschaftsfähig" gemacht werden, also in den Verwertungsprozeß wiedereingegliedert werden.

So besteht im Fall von Kerstins Ex-Freund die Gefahr, daß Ungereimtheiten bei den Ermittlungen nicht hinterfragt werden. Es scheint fast so, daß weder für die Öffentlichkeit noch für die Ermittlungsbehörden Beweise notwendig sind. Daß der Tatverdächtige "psychisch krank" ist, ist anscheinend Beweis genug und über alle Unstimmigkeiten kann hinweggegangen werden.

Monatelang war dann nichts mehr zu hören, jetzt scheint der Täter also gefunden.
Seit Anfang Juli sind die Ermittlungen beendet, gegen den Ex-Freund von Kerstin wird noch in diesem Jahr ein Prozeß angestrebt. Da der Tatverdächtige laut Oberstaatsanwalt Fluck (BZ vom 10.7.93) bisher kein Geständnis abgelegt hat, ist von einem Indizienprozeß auszugehen. Im übrigen besteht der Tatverdacht gegen Kerstins Freund UK immer noch. Fluck äußerte sich dahingehend, daß die Ermittlungen gegen UK erst dann eingestellt werden, wenn es zu einem Prozeß gegen den 37-jährigen Ex-Freund von Kerstin kommt (BZ vom 10.7.93).

Möchten sich Polizei und Staatsanwaltschaft einen "Ersatz-Tatverdächtigen" bereithalten, damit der "Ermittlungserfolg" auf keinen Fall mehr gefährdet ist?

Damit der Mord an Kerstin Winter auf jeden Fall als aufgeklärt und abgeschlossen erscheint und in den Schreibtischschubladen der Ermittlungsbehörden verschwinden kann?



ANTIFA Freiburg, August 1993

GEWALT VON MÄNNERN IST KEINE PRIVATSACHE !

In der Nacht vom 1. auf den 2. August wurde in Bremen-Gröpelingen eine 25-jährige Frau das Opfer eines brutalen Mordanschlags. Ein bis jetzt unbekannter, maskierter und bewaffneter Mann lauerte ihr vor ihrer Wohnung auf, überschüttete sie mit Benzin und zündete sie an. Die Frau verbrannte innerhalb von Minuten, während der Täter flüchtete.
Während die Polizei noch kein "Motiv" gefunden hat, die Sensationspresse Widerwärtigkeiten (Bild vom 3.08.93: "Sie war so jung und hübsch...") von sich gibt, und die sogenannte Öffentlichkeit ein paar Tage lang "betroffen" sein wird, weigern wir uns, einfach so zur Tagesordnung überzugehen.

Denn dieser Mord
- ist kein Einzelfall
- ist nur eine Spitze von vielerlei Gewalt gegen Frauen
- zeigt einmal mehr die zunehmende Brutalisierung dieser Gesellschaft
- läßt sich keinesfalls auf etwas "Privates" reduzieren, sondern hat gesellschaftliche Ursachen und Hintergründe.

Da wir glauben, daß die meisten den ersten drei Punkten zustimmen werden, wollen wir uns hier mit der letzten These beschäftigen. Denn die öffentliche Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen begreift diese Gewalt fast immer als isolierte Einzeltaten, begangen aus persönlichen Gründen in einer diffusen Privatsphäre, in die sich einzumischen als irgendwie ungehörig gilt. Was für die betroffenen Frauen tödliche Folgen haben kann.

Die Öffentlichkeit wird sich wieder einmal auf die Suche nach dem Motiv begeben, das den Täter bewegt haben mag, diese grauenvolle Tat zu begehen, und sie wird aller Erfahrung nach wieder eine beruhigende Erklärung finden oder vorgesetzt bekommen. Wahrscheinlich wird versucht werden, alles auf ein Eifersuchts-Drama oder einen persönlichen Streit zu reduzieren. Wenn dies nicht möglich ist, bleibt immer noch die Möglichkeit, den Mord als individuelle Tat eines "psychisch Kranken" darzustellen. Alle drei Möglichkeiten haben gemeinsam, daß sie von den gesellschaftlichen Verhältnissen ablenken, in deren Rahmen solch ein Mord geschieht. Sie werden im allgemeinen schnell als individuelle "Probleme anderer Leute" angesehen, die eine/n selbst nichts angehen.

Eine "Eifersucht", die zu solchen Grausamkeiten führt, muß in einer Umgebung entstehen, in der Männer Frauen als Objekte betrachten, über die sie immer verfügen können. Wenn sich eine Frau dem widersetzt und damit den männlichen Besitzanspruch verletzt, wird sie "bestraft".

Ähnlich verhält es sich mit der Möglichkeit eines persönlichen Streits (in der Presse wurde von einem Vorfall berichtet, in dem ein Mann der jetzt Ermordeten gedroht hat). Solange sich Männer in ihrer "Ehre" (oder ihrem Stolz oder welche fatalen Erfindungen die Männerwelt sich sonst noch zur Überwindung von Minderwertigkeitsgefühlen hat einfallen lassen) gekränkt fühlen, weil es eine Frau ist, der sie in einem Streit unterlegen sind, werden sie Frauen auch als minderwertige Menschen be- und mißhandeln. Solange Männer sich Frauen überlegen fühlen müssen, werden sie ihre tatsächliche Schwäche mit allen (!) Mitteln zu verstecken suchen.

Auch die Tat eines sogenannten "psychisch Kranken" geschieht nicht abgehoben von gesellschaftlichen Hintergründen. Woher hat er dieses Feindbild, solch einen Haß auf Frauen, der ihn zu solch einer Tat "befähigt"?

Es geht uns nicht darum, dem Mörder irgendetwas von seiner Verantwortung zu nehmen. Es geht uns darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse darzustellen, in deren Rahmen eine solche Tat geschieht. Die zunehmende Brutalität der Gesellschaft, die rassistischen Übergriffe, Angriffe auf Minderheiten, oder solche, die als Schwächere angesehen werden, machen auch uns Angst.

In den lezten Jahren ist eine Entwicklung zu beobachten, daß kulturelle Normen, die als "männlich" gelten (alles, was dem weißen, produktiven, jungen, starken, gesunden, heterosexuellen, ... Mann entspricht), eine Renaissance erfahren und das Leben hier immer unerträglicher machen. Alle, auf die diese Normen nicht zutreffen, sind in immer stärkerem Maße direkten Angriffen ausgesetzt. Seien es die rassistischen Übergriffe und Mordanschläge, die Angriffe auf Schwule, Lesben, Obdachlose , sogenannte Behinderte und alles, was als "schwach"/"weiblich" empfunden wird, oder die alltägliche sexistische Gewalt gegen Frauen. Diese Angriffe gehen fast immer von Männern aus! Solange dies nicht als gesellschaftliches Problem erkannt und angegangen wird, wird sich daran auch nichts ändern.

Es ist immer einfacher - gerade auch für uns Männer - , darüber hinwegzusehen und diese Taten als vereinzelte individuelle "Entgleisungen" zu empfinden. Das versetzt uns nicht in die unangenehme Lage, unser Verhalten hinterfragen zu müssen. So läßt sich die übliche Männerrolle weiterspielen, die uns so viele "Freiheiten" läßt:
Die Palette der gesellschaftlich akzeptierten Gewalt von Männern gegen Frauen reicht von einfachen Belästigungen bis hin zur Vergewaltigung. Das scheint jedoch den meisten (Männern) nicht aufzufallen, oder zumindest nicht als Problem zu erscheinen.

SEXISMUS UND RASSISMUS SIND KEINE MEINUNGEN, SONDERN VERBRECHEN !

Wir fordern alle Männer auf, die männliche HERRscher-Mentalität nicht weiter zu akzeptieren und zu praktizieren !

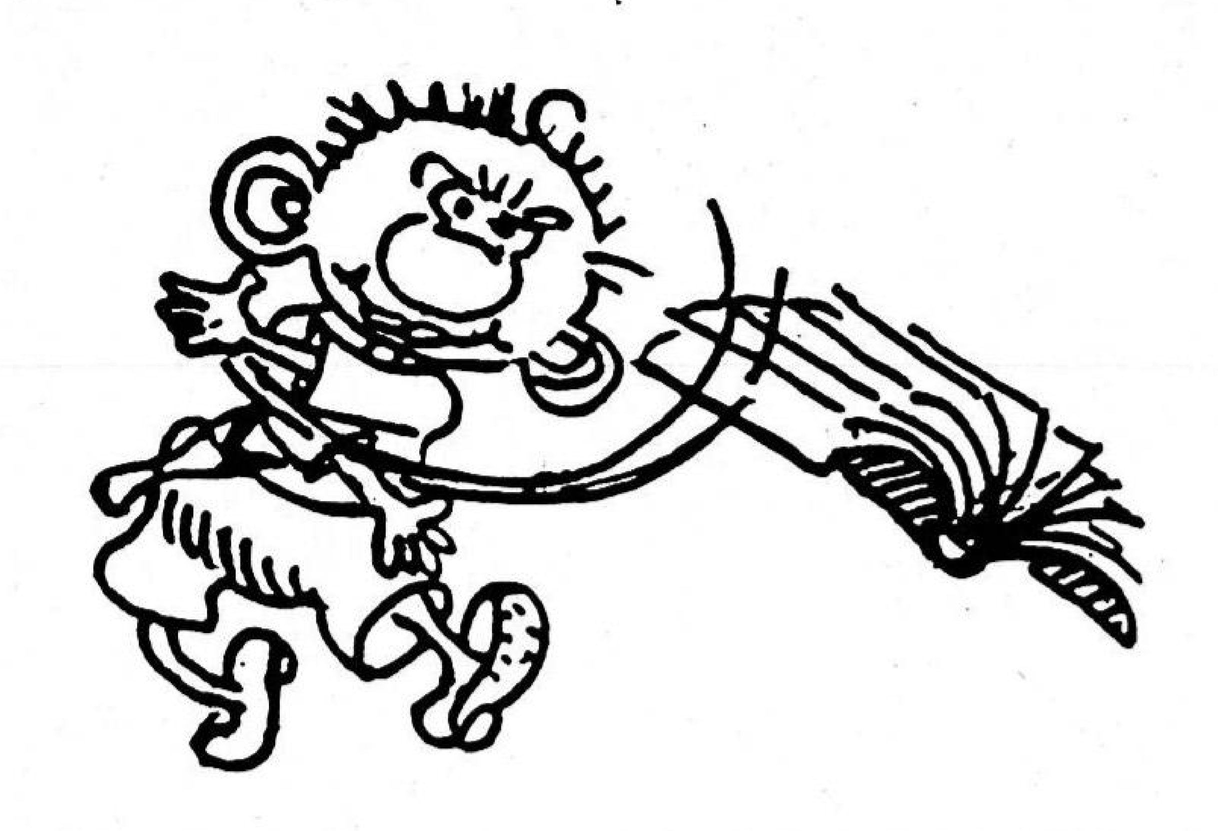
Begreift das übliche Männerverhalten endlich als gesellschaftliches Problem, gegen das etwas getan werden muß !

Tut etwas gegen die Gewalt bei euch selbst und bei anderen!
Schaut nicht weg, spielt nichts herunter, greift ein !

Männer gegen Männergewalt

Infoladen





offen: Mi 18-20 Uhr
Telefon: 0561/18529
Fax: 0561/103276
über Kopierladen
"gestochen scharf"

Infoladen BAZILLE Sickingenstr.10 3500 Kassel

20.8.93

PRESSERKLÄRUNG AUS KASSEL

Im Vorfeld des diesjährigen "sogenannten" Rudolf-Hess-Gedenkmarsches wurden in der Nähe von Frankenberg in Nordhessen drei Kleinbusse der Faschisten fahrunfähig gemacht.Unmittelbar danach wurde Thomas Kubiack, Führer der Sauerländer Aktionsfront und Nachfolger von Thomas F Fink, gesehen und von mehreren Antifa's zusammengeschlagen. Nach Bullen, bzw. Presseangaben wurde er dabei mit Baseballschlägern oder Knüppeln lebensgefährlich verletzt.
Bereits einen Tag später, am Sonntag den 15. August, wurde die erste Pers Person aus Antifazusammenhängen mit dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs und des versuchten Todschlages verhaftet. Im Laufe der folgenden Woche wurden noch 5 weitere Antifa's eingeknastet, alle aus Arolsen (. 50 km westlich von Kassel) und Umgebung.
Mittlerweile sitzen also 6 Antifa's in U-Haft.
Wir befürchten, daß das nicht die letzten Verhaftungen waren.
Desweiteren hat das Nationale Infotelefon der Faschos eine Belohnung für die Ergreifung der "TäterInnen" ausgesetzt und die Anti-Antifa aufgefordert, "die Sache in die Hand zu nehmen".
So, das war jetzt eine erste Info, alles weitere, sprich Einschätzung und Näheres zu Soliaktionen kommt dann später. Zur Zeit gilt die Devise
ANNA UND ARTHUR HALTENS MAUL, WIR AUCH!!!
SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN !!!

Weiter e und nähere Infos über Infoladen BAZILLE (Öffnungszeiten s.o.)
POWER DURCH DIE MAUER !!!

21.8.93

Neuester Stand: 9 oder 10 Verhaftungen!!!
· Faschos schänden jüdischen Friedhof in Volkmarsen und werden danach in Arolsen gesehen!

„Anatopia"-Protestveranstaltung gegen das Mercedes-Prüfgelände

Bedauerlicher Zwischenfall

Minister Seiters beschimpft

Papenburg, Samstag, 3.Juli.
Der Innenminister und angesehene Bürger Rudolf"Skinhead mit Schlips und Kragen"Seiters radelt durch seinen Heimat-und Wohnort. Er sucht Ruhe zu finden vor den Turbulenzen in Bonn, die die Erschießung des RAF-Mitglieds Wolfgang Grams mit sich brachten.
Daß er hier einem 150köpfigen Mob begegnen würde, der gegen die Teststrecke und für das Hüttendorf Anatopia marschiert, hatte er nicht erwartet.
Offenkundig verziehen die jungen Leute ihm nicht rassistische Flüchtlingspolitik, den Mord von Bad Kleinen usw.
Er mußte gar in die Pedalen treten, um VerfolgerInnen abzuhängen.
Am nächsten Tag der Rücktritt.Der letzte Anstoß sei (so Seiters im Deutschlandfunk) das Gepöbel linker Demonstranten in Papenburg gewesen.
Nicht erwähnt werden muß, daß der Vorfall jetzt genutzt wird, um gegen Anatopia zu hetzen.



Solidarität ist eine Waffe-
Tag Y ist Tag der Räumung !!

Anatopia % Walker
Spillmannsweg 5
26871 Papenburg

Papenburg
Gegen den Bau des Mercedes-Prüfgeländes am Papenburger Obenende haben am Wochenende 100 überwiegend junge Menschen in der Innenstadt demonstriert. Begleitet von harter Rockmusik aus der Lautsprecheranlage, marschierte die Gruppe vom Nordhafen zum Rathaus.

Zu einem Eklat kam es, als der Protestzug am Hauptkanal Bundesinnenminister Rudolf Seiters erkannte. „Mörder, Mörder", klang es aus den Reihen der Demonstranten. Einige junge Leute rannten hinter dem Innenminister her, der mit dem Fahrrad unterwegs war. Als Seiters und seine Familie vom Hauptkanal abgebogen waren, hielten auch die Verfolger, die zum Teil Kapuzen übergezogen hatten, inne.

An anderer Stelle der Demonstration hatte es übrigens nach den Vorführungen eines Feuerschluckers aus mehreren Kehlen geheißen „Feuer und Flamme für diesen Staat".

Die „Mörder"-Rufe für den Bundesinnenminister bezogen sich indessen auf die Todesumstände des mutmaßlichen RAF-Terroristen Wolfgang Grams. Bei einem Schußwechsel Sonntag vor einer Woche in Bad Kleinen waren Grams sowie ein GSG-9-Beamter getötet worden. Der mutmaßliche Terrorist starb dabei durch einen aufgesetzten Schuß in die Schläfe. Nach einer Zeugenaussage soll ein Mann der Grenzschutzeinheit GSG-9 diesen Schuß abgegeben haben. Rudolf Seites ist als Innenminister oberster Dienstherr der Grenzschützer.

Die Demonstration in Papenburg fand aus Anlaß des zweijährigen Bestehens des Hüttendorfes „Anatopia" an der Johann-Bunte-Straße statt. Der Protest richtete sich laut einem Flugblatt nicht nur gegen die Teststrecke, sondern ebenfalls gegen „Konzerne". Halt machte der Zug vor der Filiale der Deutschen Bank. Das Geldinstitut steuert nach Aussagen von Rednern die Geschicke der Daimler-Benz AG, ist einflußreichster Teilhaber des Unternehmens. An den Scheiben der Papenburger Filiale prangten nach dem Vorbeimarsch der Demonstranten Aufkleber mit den Worten „Bonzen angreifen". (...)



EMSZEITUNG 5.6.93

Demonstranten riefen „Mörder"

Wir haben heute nacht das Privathaus des Unternehmers Hartmut Happich mit Steinen und Farbflaschen angegriffen, gedacht als kleiner Beitrag zum internationalen Solidaritätstag am 21. Aug mit BISCHOFFERODE.
Die Belegschaft der Kaligrube Thomas Müntzer kämpft fast allein gegen die Übermacht von Industrie, Treuhand und Gewerkschaft für ihr Überleben.
"Wir kämpfen nicht nur für die Interessen der Belegschaft, sondern darüberhinaus für eine regionale industriepolitische Lösung, die unsere arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarstandorten wieder in Arbeit und Brot bringt. Unser Kampf ist gerecht und findet wachsende Unterstützung im In- und Ausland. Die Hungerstreikenden sind fest entschlossen, den opferreichen Kampf fortzusetzen.", schreiben die Kumpel selbst.
Auch in Wuppertal werden massiv Arbeitsplätze abgebaut. Nach Kroschu in Langerfeld werden jetzt beim Autozulieferer Happich zusammen 1000 Arbeitsplätze vernichtet. Den Produktionsstandort Schwelm machen die Manager komplett zu.
Vorausgegangen ist der systematische Aufbau von Produktionskapazitäten, d.H der Aufbau von Produktionsstandorten in ehemaligen Ostblockländern, wo zu Hungerlöhnen die "qualitätsprodukte" von Happich hergestellt werden sollen.
Bosse wie Happich verschmerzen jede Krise mit links, ihr Schäfchen haben sie längst ins " Trockene" gebracht.
Für Herrn Happich ist der Verlust von 1000 Arbeitsplätzen lediglich eine " Konzentration auf Kernkompetenzen". So könne Happich auch in der Krisenzeit langfristig zu den Bedeutensten Zulieferern gehören."
Die Entlassenen gucken in die Röhre. Vor allem die älteren ArbeiterInnen werden auf den Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Der Horrorkatalog Waigels (mit den drastischen Sozialkürzungen) wird ihnen dann nach zwei Jahren Arbeitslhilfeauch noch den Gang zum Sozialamt aufzwingen.

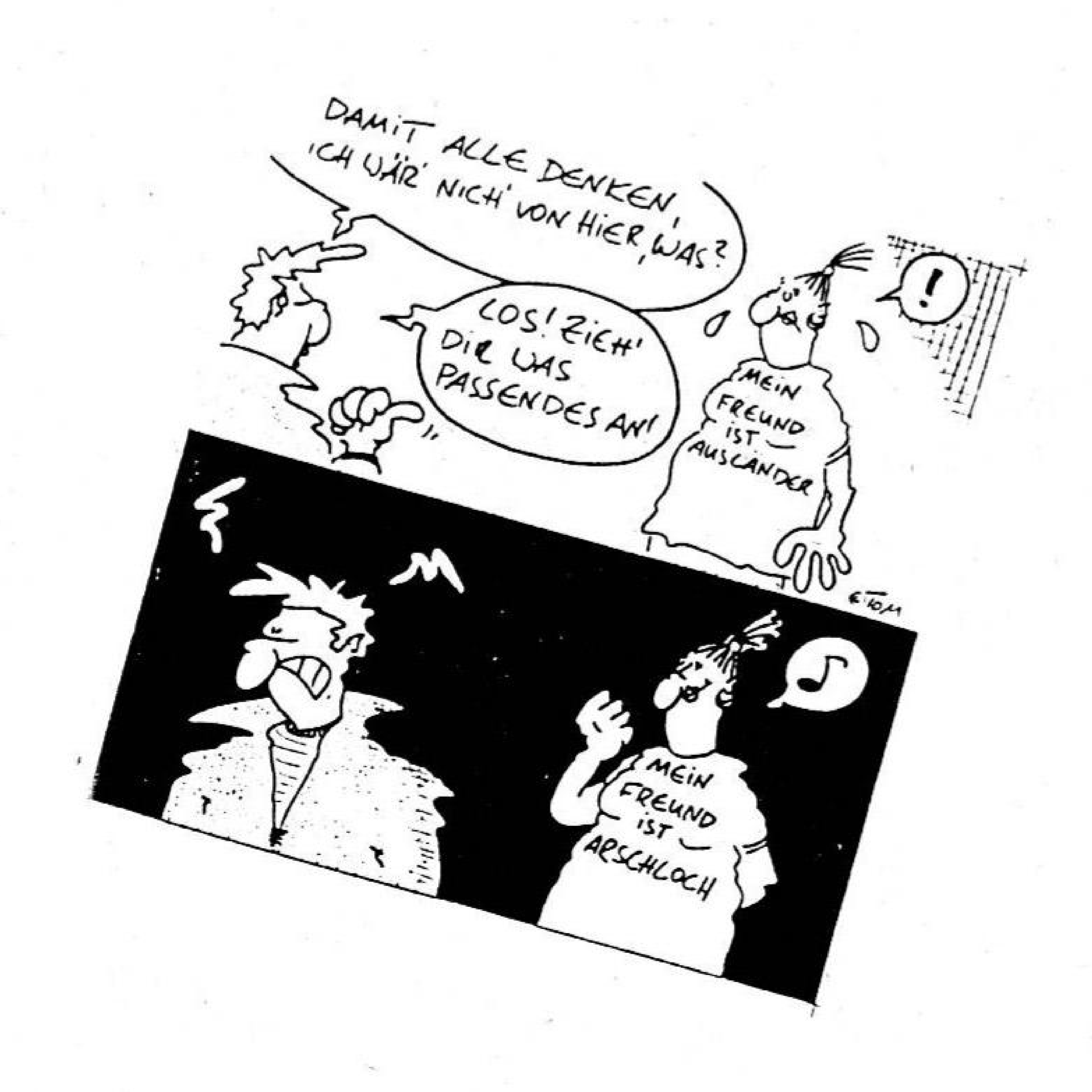
Die revolutionäre Linke muß ökonomische und soziale Fragen in Agitation und Praxis aufnehmen.
Darauf zu verzichten, hieße den Faschisten ein entscheidenes Feld zu überlassen.

In diesem Sinne

Friede den Hütten - Krieg den Palästen!

Friedrichs Enkel, die die Enkel Thomas Müntzers grüßen...





Einladung zu einem Internationationalen Kongreß
Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa

veranstaltet von:
Emanzipation und lateinamerikanische Identität México-BRD
Monimbó e.V., Dietzenbach
Stiftung Umverteilen, Berlin
Koordination hessischer Nicaragua-Initiativen

mit Unterstützung von :
AStA Fachhoschule Frankfurt am Main
AStA Universität Frankfurt am Main
Europäische Akademie, Offenbach
Lateinamerikanische Studenteninitiative der FH Ffm

2. und 3. Oktober 1993
Universität Frankfurt am Main

Es ist ausgeschlossen, daß die gesamte Erdbevölkerung das gleiche Konsumniveau an Energie, Rohstoffen, Vitaminen und Proteinen erreicht, wie es heute die Länder der westlichen Welt genießen: die Ressourcen der Erde reichen dafür nicht aus. Angesichts dieser Tatsachen sind die meisten Debatten um "Entwicklung" und "Menschenrechte" pure Heuchelei, die verschweigt, daß die menschenunwürdige Armut für 3/4 der Menschheit keine Panne ist, sondern zentrale Voraussetzung für den Reichtum der kapitalistischen Industrienationen.

Weltweites Massensterben und Migrationsbewegungen durch Armut, Kriege und ökologische Zerstörung sind Folgen dieser Entwicklung.

Wirtschaft und Politik des kapitalistischen Weltsystems können die selbstverschuldeten Katastrophen nicht lösen. Die Suche nach dem unmittelbaren Profit muß das Überleben der ganzen Menschheit zwangsläufig außer acht lassen. Der Westen formiert sich, Europa wird dichtgemacht, Grundrechte werden zurückgeschnitten, weltweite Militärinterventionen z.B in Somalia als humanitäre Verantwortung verkauft und Machtpositionen in globalen Gremien weiter ausgebaut. Die rassistischen Morde belegen diesen Trend und stärken ein Klima von Fremdenhaß, das die zunehmenden internen sozialen und ökonomischen Spannungen verdeckt. Die wenigen Gegenpositionen scheinen keine Wirkung zu haben, linke Theoriebegriffe scheinen überholt und gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus unrealistisch. Nach dem Fall des Realsozialismus versinkt die europäische Linke in Lethargie.

Und Lateinamerika? Wird es in der Bedeutungslosigkeit verschwinden - so wie Afrika - oder auf dem gegenwärtigen Pfad kapitalistischer Unterentwicklung stagnieren, wie es das Schicksal der meisten osteuropäischen Länder ist? Oder gibt es für Lateinamerika einen anderen Ausweg, weil hier gesellschaftliche Utopien in revolutionäre Bewegungen umgesetzt wurden und aktuelle Erfahrungen vorhanden sind?

Der Kongreß soll ein Forum sein, auf dem PraktikerInnen und TheoretikerInnen aus Lateinamerika und Europa über die konstitutiven Elemente einer neuen Ordnung für die Menschheit und über einen möglichen Weg dorthin diskutieren. Perspektive des Kongreß ist es, Antworten auf die Frage zu finden, wie das gegenwärtige Weltsystem zu überwinden ist, das die große Mehrheit der Gattung in die aktuelle Misere gezwungen hat.

Für die Vertreter lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen erzwingt diese Frage die Diskussion über Bedingungen und Perspektiven für eine kontinentale Revolution, welche das gegenwärtige Weltsystem in Frage stellen muß, und die durch ihre geopolitische Bedeutung auch unser Leben beeinflussen wird.

Ebenso ist diese Frage für Europa zu stellen. Welchen Beitrag können wir in Europa zur Überwindung globaler Armut leisten, angesichts der Tatsache, daß hier -noch- eine Mehrheit vom gegenwärtigen Weltsystem profitiert? Und welche Chancen bestehen, das weitere Abschotten der nationalen oder europäischen "Festung" - Ausdruck kontinentaler Neo-Apartheid - zu verhindern?

Also geht es bei dem Kongreß darum, erste Antworten auf zentrale Fragen antikapitalistischer Politik in den Metropolen und in der Dritten Welt zu finden:

- Welches ist das "historische Subjekt", daß eine antikapitalistische Gesellschaftsordnung durchsetzen kann?
- Welches sind inhaltliche Perspektiven, die einen solchen Emanzipationskampf leiten müssen?
- Wo und unter welchen Bedingungen gibt es Anknüpfungspunkte über die kontinentalen Grenzen hinweg?

Zeitplan

Samstag, 2.10.93

10.00 Uhr Eröffnung
11.00 Uhr **I. Valente**: Das historische Projekt der PT Brasiliens
N. Domingos: Foro de Sao Paulo: Möglichkeiten und Grenzen des Reformkapitalismus
H. Dieterich: Zur Rekonstitution revolutionärer Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa
14.30 Uhr **R. Hernández**: Cuba: Avantgarde nichtkapitalistischer Entwicklung oder Nachhut des europäischen Sozialismus?
weitere Kommentare von VertreterInnen verschiedener Länder Lateinamerikas
16.30 Uhr Diskussion. Leitung: **Dorothee Piermont**
20.00 Uhr Abendveranstaltung

Sonntag, 3.10.1993

10.00 Uhr **Karl Heinz Roth**: Die neue Proletarität und die Zukunft der Linken (angefragt)
Eleuterio Huidobro: Lateinamerika und die europäische Linke
11.00 Uhr Kommentare
12.00 Uhr Diskussion. Leitung: **Dorothee Piermont**
14.00 Uhr voraussichtliches Ende

Weitere Informationen und Anmeldung

Monimó e.V. Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Beziehung
Darmstädter Str. 23 Tel.: 06074/26891
63128 Dietzenbach Fax: 06074/44601

ReferentInnen

- **Cdt. Rodrigo Asturias** (Guatemala), einer der vier Kommandanten des Generalkommandos der Unión Revolucionaria Nacional de Guatemala (URNG), führendes Mitglied in den Friedensverhandlungen mit der guatemaltekischen Regierung
- **Cdt. Monica Baltodano** (Nicaragua), Mitglied der nationalen Leitung der FSLN in Nicaragua, Verantwortliche für internationale Politik
- **Miguel Bonasso** (Argentinien/Mexiko), früherer Presesprecher des argentinischen Präsidenten Hector Campora, während der Militärdiktatur Widerstandskämpfer in der Organitation "Montoneros", gegenwärtig Schriftsteller und Kolumnist führender lateinamerikanischer Tageszeitungen
- **Cdt. Shafik Handal** (El Salvador), Generalkoordinator FMLN, Leiter der Friedensverhandlungskommission der FMLN, Vorsitzender des PCS
- **Rafael Hernández** (Cuba), Leiter der Abteilung "Internationale Beziehungen" am "Centro de Estudios sobre América" Habana
- **Eleuterio Huidobro** (Uruguay), Schriftsteller, Mitbegründer und einer der wenigen Überlebenden der "Nationalen Befreiungsbewegung- Tupamaros", Mitglieder der Nationalen Direktion, Schriftsteller
- **Nildo Domingos Ouriques (Brasilien/México)**: Delegierter der PT Brasiliens auf dem 3. Kongreß des Foro de Sao Paulo in Habana
- **Iván Valente** (Brasilien), Mitbegründer der PT und Mitglied im nationalen Exekutivkommitee, Parlamentsabgeordneter für Sao Paulo, während der Militärdiktatur im Widerstand, längere Zeit inhaftiert
- **Pablo Medina** (Venezuela), Parlamentsabgeordneter und Generalsekretär der Partido Causa Radical
- **Heinz Dieterich** (Mexiko), Professor für Soziologie an der "Universidad Autónoma Metropolitana", in México
- **Dorothee Piermont**, Mitglied im Europaparlament
- **Karl Heinz Roth**: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (angefragt)

An alle, die sich über das Ausbleiben der neuen 'radikal' wundern, und die sich für unsere Lage interessieren

Das Leben ist viel zu kurz, um ein langes Gesicht zu machen

Nach langer Zeit des internen Streits hat sich die Fraktionierung in der radi verfestigt, denn die Auseinandersetzung führte nicht zu einer Annäherung oder Auflösung der Widersprüche. Jetzt haben einige Leute aufgehört. Dies verkündeten sie bereits vor der letzten Ausgabe. Versuche, sie doch noch zu einer Mitarbeit umzustimmen, sind bis heute gescheitert, ebenso wie Konzepte, die ein gemeinsames Wollen und Wirken der beiden zerstrittenen Fraktionen zum Ziel hatten.

Wir, die übrig Gebliebenen, haben daraufhin lange überlegt, ob wir die radi weiterführen wollen, und vor allem, ob unsere Kräfte ausreichen, um das Loch zu stopfen. Nicht alle aus der Struktur haben sich an dieser Diskussion beteiligt, weil sie es aufgrund ihrer Interessen und Möglichkeiten nicht können oder wollen.

So hat erstmal nur ein bestimmter Kreis von Leuten entschieden, einen neuen Versuch zu wagen. Wir werden für eine festgelegte Zeit viele Kräfte in diesen Versuch stecken. Dabei werden wir versuchen, Bedingungen zu erfüllen und Entwicklungen zu beschleunigen, ohne die wir uns eine langfristige Perspektive für die radi nicht vorstellen können.

Danach steht ein Fazit an, wo wir unsere jetzt formulierten Ziele mit der realen Entwicklung vergleichen werden, um zu entscheiden, ob es diese langfristige Perspektive gibt, oder ob wir die radi nur künstlich am Leben erhalten.

Aus der Erfahrung früherer radi-Krisen und allgemein bei politischer Arbeit haben wir die Befürchtung, daß sich Leute für eine Sache gänzlich aufrauchen können und zu nichts anderem mehr kommen. Alle von uns haben mehr oder weniger klar definierte Grenzen, inwieweit wir neue Aufgaben bzw. eine größere Verantwortung für die radi übernehmen wollen. Im Rahmen unseres befristeten Versuchs haben wir diese Grenzen zum Teil überschritten, weil wir, einerseits Aufgaben auffangen müssen, andererseits und gleichzeitig eine Entwicklung beschleunigen wollen, die auf langfristige Perspektive ausgerichtet ist.

Unsere Hoffnung beruht u.a. auf der Tatsache, daß wir zwar einen verantworlichen Kreis, aber nicht die ganze Struktur darstellen, wie sie sich ungeachtet interner Krisen in und um die radi gebildet hat. Wir gehen bei unserem Versuch davon aus, daß sich die anfallenden Aufgaben mittelfristig und zu unserer Entlastung verteilen lassen. Ob dies gelingt, ist für uns von zentraler Bedeutung, wenn wir nach gegebener Zeit das Fazit ziehen werden.

Aus all dem ergibt sich, daß wir auf die inhaltliche Gestaltung der radi in absehbarer Zeit nicht viel Gewicht legen können. Wir befinden uns wieder mal an einem Punkt, wo wir uns darauf konzentrieren müssen, daß der Laden läuft, daß die Struktur steht, um ein Produkt wie die radi zu gewährleisten.

Trotzdem wird die radi weiter erscheinen, denn sie muß Bestandteil unseres Versuchs sein.

Wir wollen hier nur klar stellen, daß wir absehen können, daß auch wir unsere inhaltlichen Erwartungen warscheinlich nicht erfüllen können, und daß wir auch hier auf Unterstützung bauen. Dies werden wir ebenfalls innerhalb unserer Struktur vermitteln und dabei Möglichkeiten aufzeigen. Wir hoffen und gehen davon aus, daß die, die aufgehört haben, sich trotzdem am Inhalt der radi beteiligen und damit ihre politischen Positionen weiter einbringen.

Ansonsten bleibt für euch alles beim alten. Wir werden weiterhin eure Briefe beantworten und bitten euch um die Zusendung von Papieren, Artikeln und Berichten. Und alle, die die radi weiterverteilen, bitten wir um etwas Geduld. Wir bemühen uns, die nächste Ausgabe so schnell wie möglich rauszubringen.

Venceremos!

radikal

Unsere aktuelle Adresse:
Umschlag außen:
NN, Van Ostadestraat 233D
NL-1073 TN Amsterdam
Umschlag innen: Z.K.

Die Dokumentation zur Diskussion um die RAF + RZ (ca. 250 Seiten) könnt ihr weiter mit 20,- Flocken bestellen, wir haben noch einige Exemplare auf Lager.

100 bis 120 Millionen zumeist noch scharfe Minen liegen weltweit unter der Erde. Zu 95 Prozent in den Ländern des Südens. Die Minen stammen aus den Kriegen seit 1933 und sind inzwischen zum Massenkiller geworden: monatlich werden im Durchschnitt 800 Menschen durch explodierende Minen getötet, weitere 450 verstümmelt. Die Opfer sind fast ausschließlich Zivilisten, darunter ein Viertel Kinder. Noch lange nach der letzten Friedensfeier fordern Landminen, die Saat des Krieges, ihren Blutzoll. Nach UNO-Statistiken bedeuten liegengebliebene Minen 2 Millionen zukünftiger Tote, unzählige Verletzte. 75 % der Überlebenden leiden an einer oder mehreren Amputationen.
Landminen verursachen Tod und Verletzung. Verhindern die Verwendung des Bodens für die Landwirtschaft. Verwandeln ehemals fruchtbare Gebiete in Wüsten, auf Generationen. Sie führen zum sozialen und ökonomischen Zerfall, zu Hunger und Krankheit und zur Massenflucht der in diesen Gebieten lebenden Menschen. Oder sie verhindern die Rückkehr von Flüchtlingen. In Afghanistan wurden während des 14jährigen Krieges über zehn Millionen Minen verlegt oder durch Hubschrauber abgeworfen.

Im Nordosten Somalias, wo 1640 Bundeswehrsoldaten in angeblich "sicherer Umgebung" eingesetzt werden, liegen laut einem jüngst veröffentlichen Bericht einer internationalen Ärztekommission ebenfalls noch hunderttausende Landminen aus dem Bürgerkrieg der Jahre 1988-91 in der Erde.

In Ex-Jugoslawien sind bisher ca. 2 Millionen Landminen verlegt worden.

Zusammen mit Friedens- und *Dritte-Welt*-Gruppen wird die Hilfsorganisation medico international mit einer Wanderausstellung und einem konstruierten Minenteppich, der Explosionen simuliert, auf die "Nebenschäden" eines Vernichtungsfeldzuges gegen die Menschen und gegen diesen Globus hinweisen.



Mit einer Wanderausstellung & einem konstruierten Minenteppich, der Explosionen simuliert, wollen wir auf die "Nebenschäden" eines Vernichtungsfeldzuges gegen die Menschen und gegen diesen Globus hinweisen. Wollen Druck auf die Verantwortlichen in Politik & Wirtschaft machen.

Besuchen Sie uns. Nehmen Sie teil an unserer Aktion.

Das gültigste Bild dieser Welt ist heute das einer einzigen Explosionszeichnung. 120 Millionen verstreute Landminen perforieren den Globus, bleiben als "Nebenschäden" den Zuschauern in der ersten Reihe real erspart. Multiplizieren Zerstörung, Tod, Leid. Hunderttausendfach. Unbeschreibbar in der Sprache der Nichtbetroffenen.

Für das weltweite Verbot der Produktion, des Exports und der Anwendung von Landminen.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, die Aktion aktiv in Ihrer Stadt unterstützen möchten, melden Sie sich bitte bei medico international.



Obermainanlage 7 ♦ 60314 Frankfurt ♦ Tel.: 069/24438-0

Vermint in alle Ewigkeit

Im Oktober 1992 wurde eine erschreckende Zahl veröffentlicht. Bei der gegenwärtigen Minenräumung von Hand z.B. in Afghanistan, würde es 4300 Jahre dauern, um nur 20% der verminten Gebiete zu räumen.
Daß Minen auch schneller geräumt werden können, beweist das Beispiel Kuweit. Nur reiche Länder können jene Firmen bezahlen, die über moderne Techniken dafür verfügen.

Die UN-Konvention zu "wahllos wirkenden Waffen" von 1980 fordert die Militärs lediglich zum Schutz der Zivilbevölkerung auf, verbietet aber nicht die Produktion, den Export und die Anwendung von Landminen.

Die meisten der heute minenproduzierenden Staaten haben diese Resolution unterschrieben, das Abkommen aber nicht ratifiziert. Minen werden weiter produziert.
Angesichts der fatalen Auswirkungen von Landminen auf die Zivilbevölkerung klingt diese UN-Konvention fast schon zynisch.

10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Konvention kann jeder Vertragspartner die Einberufung einer Überprüfungskonferenz beantragen. Diese Konferenz kann sowohl bestehende Vereinbarungen erweitern als auch weitere Vereinbarungen annehmen.

Sorgen wir dafür, daß mit der Produktion von Landminen kein Geld mehr verdient werden kann.

Üben wir energisch Druck auf die Bundesregierung aus, für die weltweite Ächtung der Produktion, des Exports und der Anwendung von Landminen einzutreten.

Die Minenherstellung muß international verbindlich verboten werden!

Gute Mine zu bösem Spiel?

Trotz der verheerenden Folgen von Landminen für die Zivilbevölkerung werden Minen weiter produziert und entwickelt. Die Produzenten (unvollständig) haben Name und Adresse:

DIEHL GMBH
Fischbachstr. 16
8505 Röthenbach

DYNAMIT NOBEL
Kaiserstr. 1
5210 Troisdorf

HONEYWELL REGEL SYSTEM GMBH
Honeywellstr.
6457 Maintal 1

RHEINMETALL GMBH
Ulmenstr. 125
4000 Düsseldorf 30

Mit staatlichen Geldern werden Minen und Minenabwurfsysteme perfektioniert. Junghans (100%ige Tochter von Diehl) vereinbart in Hochglanzbroschüren alles: Umweltfreundliche Solarzellen und hochwertige Zündertechnologie, präzis tödlich wie ihre Uhren, die sie auch verkaufen.

Mittlerweile ist die Entwicklung von Landminen bereits in die dritte Generation übergegangen: datenverarbeitende Verbundsysteme, in denen steuerbare und dynamische Minen mit Sensorfeldern und durch programmierte Roboter zu ausgeklügelten Sperrsystemen zusammengeschaltet werden.

Kriege treiben Menschen zur Flucht, Minenfelder verhindern die Rückkehr der Geflüchteten nach Beendigung der Kriegshandlungen, denn bei nicht geräumten Minenfeldern sind die Voraussetzungen für eine sichere Rückkehr nicht gegeben. Trotzdem betreibt die UNO Rückführungsprogramme für Flüchtlinge in vermintes Gebiet.

Die Armen in der Welt befinden sich in ihren Ländern in einem tagtäglich erklärten Kriegszustand der Reichen gegen die Armen.
In dieser Form des Krieges ist der gan

Landminen wurden im Ersten Weltkrieg entwickelt, um den Minenräumern des Kriegsgegners das Entschärfen von Panzerminen zu erschweren. Seither wurden diese "Menschenraffer" systematisch weiterentwickelt und in fast allen Kriegen der Gegenwart eingesetzt: in Kriegen zwischen Staaten, bei der "schmutzigen" Kriegsführung gegen Guerillabewegungen und in Bürgerkriegen. Minenhersteller und Militärs haben den Menschen genau studiert, um ihn systematisch zu verstümmeln. Je nach Ziel und Zweck des Einsatzes sollen einige Minen töten, andere gezielt verkrüppeln. Menschen werden durch die von Sprengkörpern freigesetzten Schrapnelle oder Splitter durchlöchert, die Opfer perforiert. Andere Minen reißen Hände und Füße ab. Kleinstminen, als Spielzeug getarnte Sprengkörper, führten in Afghanistan vor allem unter Kindern zu zahlreichen Verletzungen.

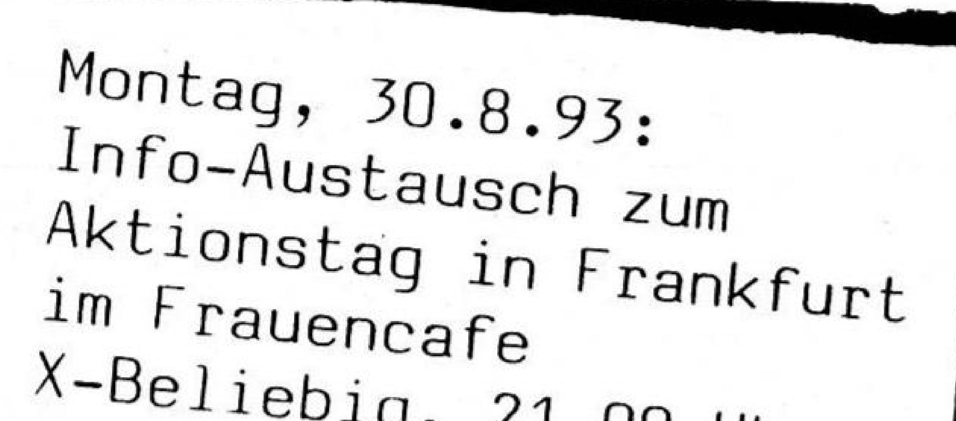
ze armgehaltene Teil der Welt zu einem permanenten Minenfeld erklärt. Die Länder der "Dritten Welt" sind zu Wüsten geworden, zur tödlichen Umgebung: hochexplosiv und tödlich jeder Schritt, der über die vom internationalen Hilfsmanagement freigekratzten Pfade hinausführt.
Wer es schafft, aus dieser Welt auszubrechen, gelangt schnell an unsere

Stoppt die Nazizeitungen !!!

Wir haben im NACHLADEN einen Ordner zu der laufenden Kampagne eingerichtet. Dieser beinhaltet das Material der Edelweißpiraten mit Aufklebern u.a. sowie Veröffentlichungen aus anderen Städten und Zeitungsartikel. Wenn ihr Material oder Informationen dazu habt, könnt ihr diese vorbeibringen. (Das soll natürlich keine Konkurrenz zum Antifa-Archiv im Papiertiger sein, wo solches Material auch gesammelt wird.)

Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Mo-Sa 15-19 Uhr


Der **Mehringhof** ★ sucht ein neues Projekt
Wir bieten 32 helle qm ab sofort (**1 Raum**). Wir wollen neben der Miete (z.Z. 362,85 DM zuzügl Strom/Müll) eure Beteiligung an der Selbstverwaltung. Bewerbung (am besten schriftlich) mit kurzer Selbstdarstellung bis zum 31.8.93 an das Mehringhof-Büro, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin


Montag, 30.8.93:
Info-Austausch zum Aktionstag in Frankfurt im Frauencafe X-Beliebig, 21.00 Uhr

Weltflüchtlingsbericht 1993

Der Weltflüchtlingsbericht 1993 als komplettes Dossier und umfassender Beleg dafür, daß »Flucht« einen Weltzustand bedeutet, dessen Ursachen und Dynamik »individuell« nicht mehr verstanden werden können.
Das ultimative Handbuch zu Fluchtursachen und Asyl, Bevölkerungsbewegungen und Entwicklungspolitik.

Herausgegeben von medico international und dem Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung.

Erste Lieferung 1992 incl. Ordner
240 Seiten, DM 48,00
Zweite Lieferung Mai 1993
260 Seiten, DM 42,00
Dritte Lieferung November 1993
ca. 260 Seiten, ca. DM 42,00
Lieferung zur Fortsetzung
(20% Rabatt)

Bestellungen an: medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Tel.: 069/24438-0



Repro Montage Bildarchiv

Jetzt mit:
Satz, Scanner, Laserdrucker (600 dpi) und Strich/Raster bis DIN A 2

Umbruch
Eisenbahnstraße 4
10997 Berlin 36
Tel. 612 30 37



„Die Frau hat von ihrer biologischen Aufgabe her ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung, der Mann nach Eroberung und Beherrschung." (Christa Meves, sog. Lebensschützerin, in „Das Ehealphabet")
WIR SEHEN DAS ANDERS!
DARUM:

VERANSTALTUNGSREIHE von und für FRAUEN/LESBEN zu §218, SOG. „LEBENSSCHÜTZERN", OPUS DEI

Mittwoch, 1.9.: §218, GESCHICHTE, AKTUELLER STAND, SITUATION IN DEN BERATUNGSSTELLEN

Mittwoch, 15.9.: SOGENANNTE LEBENSSCHÜTZERINNEN/ ABTREIBUNGSGEGNERINNEN UND IHRE VERFLECHTUNGEN MIT KIRCHE, ÄRZTESCHAFT, JURISTEN UND FASCHISTEN

Mittwoch, 6.10.: OPUS DEI - DIE „KAMPFTRUPPE GOTTES", RECHTSAUSSENFLÜGEL DER KATH. KIRCHE, FRAUENBILD, BEZIEHUNGEN ZU ORGANISIERTEN ABTREIBUNGSGEGNERINNEN



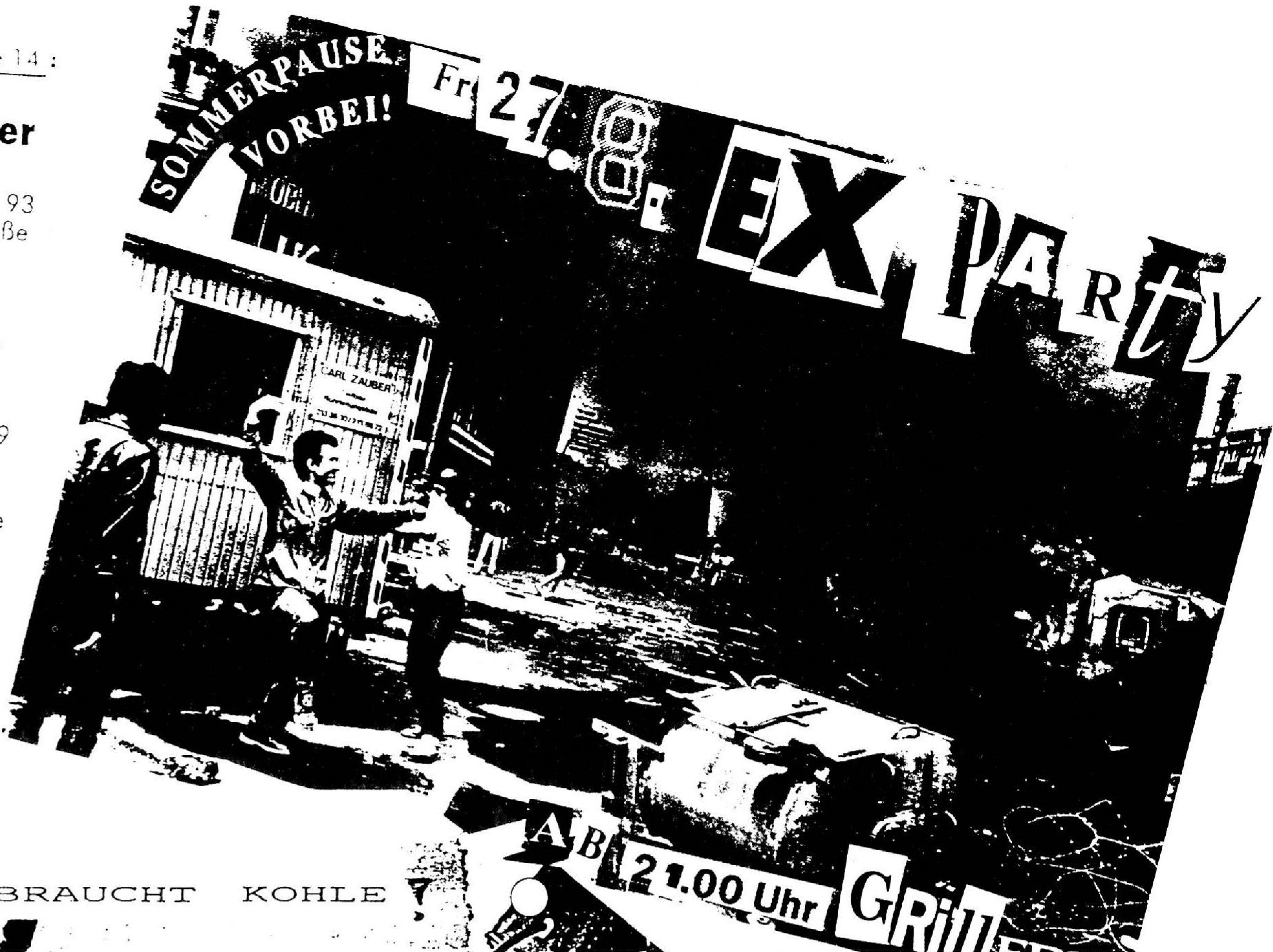
Zeit: jeweils 20.00 Uhr
Ort: Ex, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin (61), U-Bhf. Mehringdamm

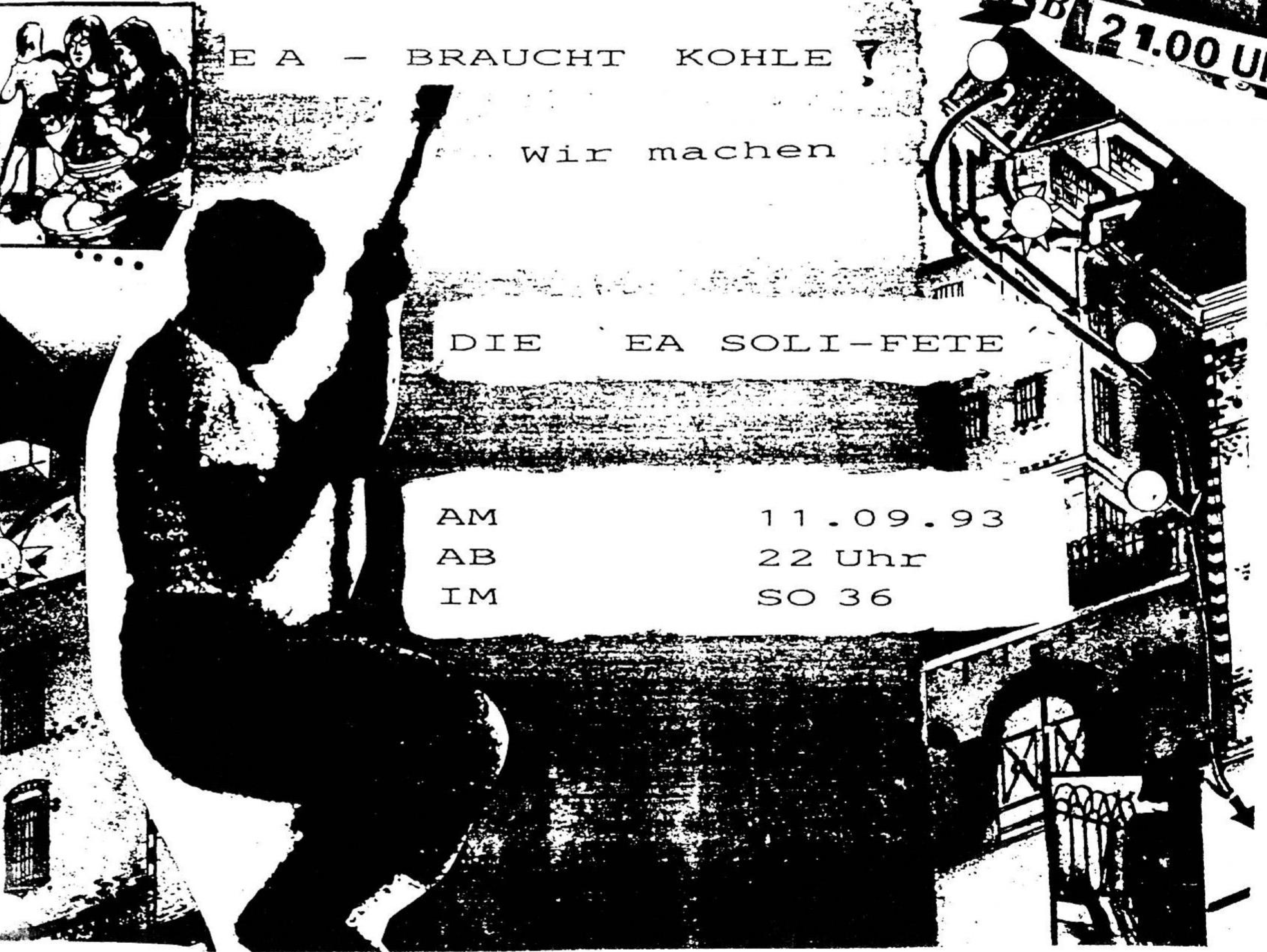
Kiezladen, Dunckerstraße 14:

Einweihungsfeier

In Verbindung mit einem Straßenfest wird am 5.09.93 der Kiezladen Dunckerstraße 14 endlich offiziell eingeweiht. Alle Anwohner sind recht herzlich eingeladen, sich aktiv zu beteiligen (Kuchenstand etc.).

Jeden Dienstag findet von 19 bis 21 Uhr in den Räumen des "Bürgerkomitees Helmholtzplatz", Schliemannstraße 33 (Part.) das Vorbereitungstreffen statt.





Damit DJ nicht allzuviel Streß hat, könntet ihr ihn mit realistischen Musikwünschen (Heino is`nich) im Vorfeld unterstützen. Rechnet, trotz unserer Mühen, bitte mit der einen oder auch anderen Nicht-Erfüllung:

------------- schneid`s ab !!! -----------------------------------

ICH WILL HÖREN :

_______________ _______________

wie`s heißt wer`s bringt

schickt an: Papiertiger
(Wunsch-Hits)
Cuvrystr. 25
10997 Berlin 36

AUTONOMES TIERRECHTS-CAFE

JEWEILS AM 2. SONNTAG IM MONAT

Information, Diskussion, Video
vegane Vokü

12.9. 18.00 Uhr

Jagd-sabotage

THEMA DIESMAL

Drugstore
POTSDAMERSTR. 180
2. STOCK
U-BAHN: KLEISTPARK

Sonnabend, 28. August ab 11 Uhr

Antifaschistisches **Straßenfest** in der Liebigstraße in Friedrichshain

mit viel Musik und den üblichen Vergnügungen für Groß und Klein.



aktionstag



Offene Grenzen für alle

am Sa., 4. Sept. in Frankfurt/O.

Demonstration

Neu-Beresinchen
Birkenallee, Liedl-Parkplatz
13 Uhr Treffpunkt

Straßenfest

ab 16 Uhr Oder-Promenade
Fotoausstellung, Infostände
Live-Musik aus Polen, BRD